

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 40460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 286 A

BERLIN • Dienstag, den 3. Januar 1933

2 JAHRGANG

# Bedrohung der Sowjet-Union.

## Blutiger Auftakt zum neuen Jahr.

### Drei Tote, fünf Schwerverletzte in Berlin.

Gu-n. Die militärischen Operationen des japanischen Raubzuges in der Mandschurei spielen sich nach den Meldungen der jüngsten Tage im wesentlichen an drei Stellen ab:

1. Kämpfe mit chinesischen Freischärlern in dem Gebiet um Tschangtschun, also im Zentrum von Mandschukuo, etwa dem Raum zwischen Charbin und Mukden in nordsüdlicher und Taonan und Kirin in westöstlicher Richtung. Die Kämpfe gehen hier hauptsächlich um die Bahnen, die von Charbin und Taonan südlich nach Mukden führen und für den weiteren japanischen Vormarsch nach Süden wichtig sind.

Eine japanische Meldung vom Sonnabend, wonach eine chinesisch-koreanische Verschwörung gegen den japanischen Botschafter in Mandschukuo, General Muto, in der Mandschurei „aufgedeckt“ worden sei, scheint weniger für die Bedrohungen, denen dieser Herr ausgesetzt ist, aufschlußreich zu sein, als für die Technik der „Auslösung“ militärischer Aktionen.

2. Die Offensive in der Provinz Jehol. Diese Provinz schließt sich südlich an die Mandschurei an und reicht bis nahe an Peking und Tientsin heran. In Jehol wird von den Japanern zur Zeit die stärkste militärische Aktivität entfaltet. Bereits am 8. Dezember fuhr ein japanischer Panzerzug in den Bahnhof Schanghaiwang ein; der liegt ungefähr in der Mitte der Bahnstrecke Mukden-Peking, an der Südgrenze der Provinz Jehol. Chinesische Meldungen berichten die Zusammenziehung bedrohlicher japanischer Truppenmengen an der nordchinesischen Grenze, in der Umgebung von Peking und Tientsin, berichten den fortgesetzten Vormarsch der Japaner in der Provinz Jehol. Zwar hat die japanische Gesandtschaft in Peking die Gerüchte dementiert, daß Japan mit seiner Armee auf Peking marschiere, um dort den ehemaligen Kaiser von China und jetzigen Regierungschef von Mandschukuo, Puji, zum Kaiser von China auszurufen. Dieses Dementi wird nicht nur durch die Nachrichten entwertet, nach denen gerade der japanische Gesandte in Peking, Ariyoshi, mit voller Kraft besticht und provoziert, um „die Chinesen“ in den Provinzen um Peking zu einer „Unabhängigkeits“-Aktion nach mandchurischem Muster zu treiben. Jenes Dementi wird entwertet durch die unverhüllten Drohungen der Japaner: am Sonnabend erklärte ein Vertreter des japanischen Kriegsministeriums, im Falle einer Bedrohung der japanischen Interessen durch die Tätigkeit des chinesischen Marschalls Tschanghsuejang in Nordchina werde die japanische Armee rücksichtslos vorgehen; eine derartige Entwicklung könne zu ernstlichen Ereignissen in Nordchina führen; die Verantwortung für das Schicksal Nordchinas trage dann Tschanghsuejang.

Der Versuch, dem chinesischen Marschall des Nordens die Verantwortung zuzuschreiben, war anscheinend eine vorbereitende Stimmungsmache für die am nächsten Tag begonnene japanische Aktion zur See:

zwei japanische Minenboote, fünf Zerstörer und ein kleiner Kreuzer haben am Sonntag Schanghai verlassen, „um die japanische Bevölkerung in Tientsin zu schützen“.

So meldet die japanische Admiralität. Es ist danach kaum zweifelhaft, daß die japanischen Kriegstreiber entschlossen sind, noch bevor der hilflose Völkerbund aus den Weihnachtsferien zurück ist, in Nordchina neue vollendete Tatsachen zu schaffen.

3. Der dritte Schauplatz japanischer Militäraktionen ist die chinesische Ostbahn, besonders der westliche Teil, der nach Sibirien führt. Vor einigen Tagen hat das japanische Oberkommando drei mandchurische Regimenter an dieser Strecke (Teltsikar-Hailar) „wegen Unzuverlässigkeit“ aufgelöst. Gemeinsam mit dem mandchurischen Kriegsministerium hat das japanische Oberkommando einen unter Führung japanischer Offiziere stehenden Sonderschutz für die chinesische Ostbahn gebildet.

Die Aktion an der Ostbahn ist wohl eine gegen Rußland sichernde und spätere Angriffe auf die Mongolei vorbereitende Maßnahme.

### Das neue japanische Aufrüstungsprogramm.

das vor einigen Tagen mitgeteilt wurde und die Sonderausbildung von jährlich 100 000 Offizieren und Mannschaften in der mechanisierten Kriegsführung und in der Ausführung von Gasangriffen (!), das weiter die Vermehrung der sogenannten technischen Ausstattung der in der Mandschurei tätigen Truppen (mehr Flugzeuge, mehr Tanks, mehr schwere Geschütze) vorsieht, — dieses Programm hat durch die neuesten Ereignisse eine unmißverständliche Erläuterung erfahren. Die Durchführung dieses Programms kostet (nach einer Meldung aus Tokio) über 147 Millionen Yen. Der Fehlbetrag im japanischen Haushalt für 1933 beträgt nach Mitteilung des japanischen Finanzministeriums etwa eine Milliarde Yen. Das Defizit soll nach der in Deutschland bekannten Methode der

In der Nacht zum Neujahr ereigneten sich in ganz Berlin zahlreiche politische Zusammenstöße, von denen etwa zwanzig der Polizei gemeldet wurden. Verschiedentlich kam es zu Ueberfällen auf Parteilokale, wobei geschossen und mit Messern gestochen wurde.

In Lichtenrade bei Berlin wurde der Kommunist Erich Hermann durch einen Kopfstich getötet, der Reichsbannermann Erich Just durch mehrere Kopfstiche schwer verletzt. Der Ueberfall auf die beiden ging anscheinend von dem SA-Heim in Lichtenrade aus und war planmäßig vorbereitet. Obwohl die Polizei rechtzeitig alarmiert wurde, schritt sie erst ein, als ein Toter auf dem Platze geblieben war. Auf Veranlassung einiger Zeugen der Mordtat wurde das SA-Heim dann polizeilich besetzt und etwa 25 Nationalsozialisten verhaftet.

In der Ackerstraße in Berlin wurde am Sonntag früh eine Frau Martha Künstler überfallen und durch Herzschuß getötet.

In der Utrechter Straße wurde der junge Nationalsozialist Walter Magnitz durch Messerstiche in den Bauch schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo er im Laufe der Nacht starb. Im Anschluß an diese Mordtat wurden einige nahegelegene Nazi- und KP-Lokale polizeilich durchsucht. Bei den Nazis wurde ein Revolver gefunden und zwei SA-Leute wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verhaftet. Bei den Kommunisten wurde nichts gefunden. Die Täter konnten bisher nicht festgestellt werden.

In der Schwedenstraße kam es kurz nach Mitternacht zu einer Schlägerei zwischen Nazis und Kommunisten, wobei ein Kommunist leicht verletzt wurde. Zwei Nationalsozialisten und ein Kommunist wurden verhaftet.

In Köpenick schlugen zwei Männer den SA-Mann Helmut Billert nieder und entkamen unerkannt.

In der Straßmannstraße in Berlin wurde der SA-Mann Rosinski vor seiner Wohnung von unerkannt entkommenen Tätern am Kopf schwer verletzt. — Der SA-Mann Otto Paul wurde durch Messerstiche im Rücken und Gesicht schwer verletzt. Auch hier entkamen die Täter unerkannt.

In der Weddingstraße verübten einige Nationalsozialisten einen Feuerüberfall auf ein KP-Lokal.

In der Pankstraße wurden einige Kommunisten von Nationalsozialisten überfallen. Fünf Nazis wurden verhaftet.

Kriegsanleihezeichnung gedeckt werden: durch eine innere Anleihe von 400 Millionen Yen. (1 Yen beträgt etwa 90 Pfennig.)

### Provokation gegen Rußland.

Es sieht nicht so aus, als ob der Völkerbund oder einer der kapitalistischen Großmächte dem japanischen Kriegszug Halt gebieten werden. Sie sind gehemmt bereits durch die Erwägung, daß sie alle an dem neuen japanischen Aufrüstungsprogramm ungeheuer verdienen werden.

Um so drängender wird die Frage, wie sich das Verhältnis Japans zur Sowjetunion gestalten wird. Rußland hat durch sein Verhalten, das bis zum Einstecken frecher japanischer Provokationen ging, bewiesen, daß es einen Krieg mit Japan mit allen Kräften vermeiden will. Die Japaner haben daraus ein starkes Selbstbewußtsein geschöpft, das in einer unglaublich frechen und höhnischen Weise der japanische Völkerbundsdelegierte Matsuoka zum Ausdruck gebracht hat, als er in den ersten Dezembertagen auf der Durchreise nach Genf in Moskau mit Karachan, Litwinow und Radek gesprochen hat. Ueber diese Gespräche hat er in Genf einem Pressevertreter gegenüber folgendes erzählt:

„Ich sagte den Sowjet-Politikern ganz offen, daß die japanische Aktion in der Mandschurei hauptsächlich auf die Festlegung einer sichernden Trennungslinie gegen Sowjetrußland abziele. Dies wurde gesagt, um klare Voraussetzungen für weitere Unterhaltungen zu schaffen — weil ich ein offener Mann bin und nicht wünsche, irgend jemanden hinter Licht zu führen.“

Matsuoka hob hervor: erst wenn in der Mandschurei wieder feste Verhältnisse geschaffen seien und Japan sich gegen Rußland sicher fühle,

## AUS DEM INHALT:

Erwerbslosen-Kollektive.

Kampf der Sklaverei.

Schikanen gegen Stadtrandsiedler.

Senatspräsident als Ehrabschneider.

Weihnachtsüberraschung für das sächsische Volk.

Zwei Weltanschauungen — zwei Fehler.

In der Otavistraße entspann sich eine Schlägerei zwischen SA-Leuten, wobei der SA-Mann G u n d e r m a n n durch einen Schuß aus einer Scheintodpistole an den Augen verletzt wurde.

In der Ebertstraße wurde auf ein Lokal ein Feuerüberfall verübt. Zwei Nationalsozialisten, ein Kommunist und zwei angeblich Parteilose wurden verhaftet.

Ferner wurde ein Werkzeugmacher Walter Krieger durch zwei Revolverschüsse verletzt. — Der Bügler Kusserow wurde von mehreren Unbekannten ohne ersichtlichen Grund vor seinem Hause niedergeschlagen und schwer verletzt; der Täter konnte hier gefaßt werden. — Der Arbeiter Balde erhielt durch einen Scharfschuß eine schwere Verletzung an der Hand. Der Tischler Adolf Pienke wurde von fünf Personen überfallen und erheblich verletzt.

In Berlin-Tegel wurde der 22 Jahre alte Walter Werder angeblich in Notwehr mit einem Tesching schwer verletzt.

In Staaken bei Berlin erhielt ein dreizehnjähriges Mädchen einen Brustschuß aus einer Schreckschußpistole.

In Alt-Biesdorf bei Berlin wurde der Gerüstbauer Heinrich Jahnke bei einer Messerstecherei schwer verletzt.

In der Kaiser-Wilhelm-Straße war es schon am Sonnabend gegen zwei Uhr morgens zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen, wobei der Nazi Werner Uecker verletzt und von der Feuerwehr nach dem Krankenhaus geschafft wurde. Das bald danach eintreffende Ueberfallkommando fand niemand mehr vor.

dann, und nur dann werde Rußland mit Japan in Frieden leben können.

Welch unverschämte Sprache! Mit dünnen Worten: wenn Rußland uns, die Japaner, in der Mandschurei nicht alles machen läßt, was uns beliebt, dann werden wir gegen Rußland vorgehen.

Matsuoka hat sich dann darüber beschwert, daß die Russen sich auf den Ausbau der Schwerindustrie wüfren; jedermann wisse doch, daß Schwerindustrie dazu diene, schweres Kriegsmaterial herzustellen.

Welcher kapitalistische Staat würde eine solche Einmischung in innere Angelegenheiten nicht als eine Herausforderung ansehen!

Matsuoka schloß mit einer höhnischen Anerkennung der russischen Politik: „Sie halten sich fern vom Mandschurei-Problem und Sie legen unseren Anstrengungen zur Befriedung der Mandschurei kein Hindernis in den Weg. . . . Es gibt auf der Welt keine Nation, die auf Akte der Freundschaft so anspricht wie Japan. Das japanische Herz ist hart wie ein Diamant gegen Drohungen, aber weich wie Wachs, gegenüber Akten der Freundschaft.“

Es ist den russischen Genossen sicher nicht möglich gewesen, eine solche Sprache ohne eine starke innere Erregung anzuhören! Sie läßt keinen Zweifel darüber, daß

Rußland und die internationale Arbeiterschaft von Japan Taten zu erwarten hat, die der Frechheit jener Worte entsprechen.

### Politik des Friedens.

Rußland läßt sich nicht provozieren. Alle Meldungen deuten auf seine Bemühungen hin, trotz allem den Nichtangriffspakt mit Japan zustandezubringen. Und diese Bemühungen scheinen Erfolg zu haben. Noch am Sonnabend erklärte der japanische Ministerpräsident Saito, die japa-

nische Regierung verhandelt „im Augenblick“ nicht über einen Pakt mit Rußland, da sie erst Garantien dafür haben wolle, daß Rußland die kommunistische Propaganda in Japan und — China (!) einstelle. Am Montag aber berichtet die sowjetamtliche Agentur aus Tokio, daß Saito vor Pressevertretern erklärt habe, er halte im Interesse der Erhaltung (!) des Friedens im Fernen Osten den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Rußland für notwendig. Auffällig ist es, daß auch in dieser Äußerung nicht mehr die Rede ist von der früher geäußerten Bedingung Japans: erst offizielle Anerkennung Mandschukuo durch die Sowjetregierung.

Wir hoffen, daß auch in diesem Falle der auf die Erhaltung des Friedens abzielenden Außenpolitik Rußlands ein Erfolg gelingt. Mindestens das eine wäre durch ihn erreicht: den imperialistischen Räufern wäre ihr Unternehmen vor der öffentlichen Meinung der Welt, vor allem der Arbeiterschaft der Welt, erschwert.

## Die polnische Generals-Linie.

### Wehrhaftmachung der Jugend und Staatskontrolle der Universitäten.

Der polnische Marschall Pilsudski hat auf dem Wege über die Strohputzen, die er in die Regierung gesetzt hat, zwei Verordnungen veröffentlicht, die eines Generals würdig sind. Die erste Verordnung betrifft die Wehrhaftmachung der Schuljugend. Diese Aufgabe wird dem bisher nur als innenpolitische Wehrorganisation verwandten Schützenbund „Strzelec“ übertragen, der unter Leitung des Marschalls Pilsudski steht. In der neuen Verordnung wird verfügt, daß im Rahmen des Kriegsministeriums der Posten eines Oberkommandanten des Schützenverbandes und im Rahmen des Wehrkreiskommandos der Posten eines Bezirkskommandanten des „Strzelec“ geschaffen wird. Der Oberkommandant des genannten Verbandes im Range eines Brigadegenerals wird gleichzeitig stellvertretender Leiter des Staatsamtes für körperliche Erziehung und militärische Vorbildung und als dessen Vertreter Mitglied des Hauptvorstandes des Schützenverbandes. Als Arbeitsorgan dieses Hauptvorstandes gilt das Hauptkommando des Schützenverbandes, dem eine Anzahl von Offizieren im Range vom Oberst bis zum Hauptmann angehören. Die Kommandanten der Bezirksverbände des „Strzelec“ gehören gleichzeitig als Inspektoren den Bezirksämtern für körperliche Erziehung und militärische Vorbildung sowie als Vertreter den Bezirksausschüssen des

## Brandstifter auch in Südamerika

Die kolumbische Regierung hat ihre in Para, an der Amazonasündung, liegenden Kriegsschiffe angewiesen, stromaufwärts zu fahren, um die Wiedereroberung der von den Peruanern besetzten kolumbischen Stadt Leticia zu beginnen. Eine Riesenreise! Den ganzen Amazonas aufwärts, quer durch Brasilien!

Die brasilianische Regierung hat in scharfen Noten an die beiden streitenden Regierungen gegen die Verletzung der Neutralität Brasiliens protestiert. Sie werde die Durchfahrt durch den Amazonas sperren. Sie hat einen Kreuzer, zwei Zerstörer und sechs See-Flugzeuge von Rio de Janeiro nach Tabatinga abgesandt. Tabatinga liegt am oberen Amazonas.

Schützenverbandes an. Unabhängig von ihrem Dienstverhältnis innerhalb des Wehrkreiskommandos sind sie hinsichtlich aller Arbeiten des Schützenverbandes unmittelbar ihrem Oberkommandanten unterstellt. Im gleichen Dienst und Arbeitsverhältnis wurden auch für die Divisions- und Regimentsbereiche Unterkommandanturen des Schützenverbandes geschaffen, die gleichzeitig in den betreffenden Bezirks- und Kreisämtern für körperliche Erziehung und militärische Vorbildung ihren Pflichten als Instruktoren und Inspektoren obliegen.

Die zweite Verordnung, die vorläufig nur ein Gesetzentwurf ist, bestimmt, daß der Rektor nötigenfalls befugt ist, die Hilfe der Polizei auch auf dem engeren Gebiet der Universität in Anspruch zu nehmen. Desgleichen erhalten die Organe der Sicherheitsbehörden im Falle öffentlicher Gefahr und Bedrohung von Menschenleben das Recht, die Universität zu betreten. Außerdem werden die Disziplinarvorschriften verschärft.

Den studentischen Vereinigungen wird strengsten unter sagt, politische Tätigkeit irgendwelcher Art zu entfalten. Diese Bestimmungen sind vor allem gegen die dem herrschenden Regime feindlichen Nationaldemokraten gerichtet, die in Kreisen der Studenten sehr einflußreich sind.

## Ein Messingschild als Friedenstaube.

Wo schon überall von einer Revision der Friedensverträge gesprochen wird und Deutschland sogar schon grundsätzlich die Gleichberechtigung im Besitz von Mordinstrumenten zugesagt worden ist, will die australische Regierung beweisen, daß sie ihrerseits es nicht an dem guten Willen fehlen läßt, die Folgen des Weltkrieges zu liquidieren. Sie hat deshalb beschlossen, dem Reichspräsidenten von Hindenburg das Namensschild des im Weltkrieg zerstörten deutschen Panzerkreuzers „Emden“ zu überreichen, das bisher das australische Bundesparlament schmückte. Das Schild ist bereits in London eingetroffen. Vor seiner endgültigen Ueberreichung mag noch einige Zeit vergehen, da die äußerst wichtige Frage, ob der australische Botschafter in London zu diesem Zweck nach Berlin kommen wird, oder ob er das Schild in London dem dortigen deutschen Botschafter überreicht, der es dann dem Reichspräsidenten übermitteln würde, noch der Lösung harret.

Im Zeichen der Abrüstung wird die englische Admiralität demnächst ein Panzerschiff in Auftrag geben, das dem deutschen Panzerkreuzer A: „Deutschland“ entspricht.

## Die bulgarische Regierung gebildet.

Die neue bulgarische Regierung gleicht der alten aufs Haar. Muschanow ist Ministerpräsident und Außenminister. Auch die drei Vertreter des Bauernbundes sind wieder in der Regierung. Lediglich die Nationalliberalen haben der Regierung die Mitarbeit versagt, sodaß diese keine Mehrheit im Parlament mehr hat. Muschanoff hofft, von den Nationalliberalen wenigstens toleriert zu werden. Jedoch wird allgemein damit gerechnet, daß es demnächst zu Neuwahlen kommen wird.

## Einstein an die patriotischen Gänse.

Professor Einstein hat der amerikanischen Frauenorganisation, die seine Einreise nach Amerika verhindern wollte, jetzt nach seinem Eintreffen in Amerika eine humorvolle Erklärung zugehen lassen:

„Ich habe noch nie von seiten des schönen Geschlechts eine so energische Ablehnung gegen jede Annäherung gefunden. Sollte es doch einmal der Fall gewesen sein, dann sicher nicht von so vielen auf einmal. Aber haben sie nicht recht, diese wachsamten Bürgerinnen? Weshalb soll man auch einen Menschen einladen, der mit demselben Appetit und Behagen hartgesottene Kapitalisten frisst, wie einst das Ungeheuer Minotaurus in Kreta leckere griechische Jungfrauen, und der zudem so gemein ist, jeden Krieg abzulohnen, ausgenommen den unvermeidlichen mit der eigenen Gattin? Hört also auf eure klugen patriotischen Frauen und denkt daran, daß auch das Kapitol des mächtigen Roms einst durch das Geschnatter seiner getreuen Gänse gerettet wurde! Albert Einstein.“

## 140 Kilometer Stundengeschwindigkeit

erreicht der neue Schnellzug London-Brighton, der am Freitag in Betrieb genommen wurde und künftig diese Strecke jeden Tag 23 Mal zurücklegen wird. Diese neue Leistung der englischen Eisenbahnen findet große Beachtung, was insbesondere mit Hinsicht darauf berechtigt ist, daß der Zug den vielen in Brighton lebenden Londoner Kapitalisten noch bessere Gelegenheit gibt, schnell und mühelos den Weg von der Villa zum Büro zurückzulegen.

Die irischen Postbeamten drohen mit einem Streik für den Fall, daß De Valera sich nicht bereit erklärt von der Kürzung der Beamtgehälter abzusehen.

## Kampf der Sklaverei!

H. M. Eine englische Adlige, die Frau des britischen Außenministers, Lady Simon, hat einen

### „Aufruf an Deutschland“

erlassen, sich am Kampf gegen die Sklaverei zu beteiligen. Die Lady schildert sehr eindringlich das Los der mehr als fünf Millionen leibeigenen Sklaven, die es auf der Welt noch gibt, vor allem in Zentral-Afrika und im Fernen Osten. Sie wünscht, daß die Deutschen, die sich vor dem Kriege am Kampf gegen die Sklaverei beteiligt haben, auch jetzt wieder in die Reihe der Gegner des Menschenhandels treten sollen. Um diesem von ihr in der „Frankfurter Zeitung“ aufgerufenen Deutschland die Dringlichkeit des Kampfes recht vor Augen zu führen, zitiert sie einige Sätze aus einem Buch von Max Grühl, darunter folgende:

„Nackte Männer und Weiber, denen ein Fetzen kaum die Blöße deckte, nackte Kinder an der Hand oder in einem Bündel auf dem Rücken, schleppten sich, mit Ketten aneinandergeschlossen, durch den Dreck, von erbarmungslosen Kerlen getrieben wie Vieh, ja schlimmer als Vieh! . . .“

Hätte ich die Macht gehabt, ich hätte diese Sklavenhalter niedergeknallt wie tollwütige Hunde!“

## Grundsätze deutscher Außenpolitik.

### Dargelegt von Botschafter Nadolny.

H. M. Im „Hannoverschen Anzeiger“ wird ein Aufsatz des Führers der deutschen Abordnung zur Abrüstungskonferenz, des Botschafters Nadolny, über Stand und Aussichten der Abrüstungspolitik, veröffentlicht. Der Schlusssatz dieses Artikels ist zugleich das Motto der ganzen Ausführungen des Herrn Nadolny, und nicht nur seiner Ausführungen, sondern auch der gesamten deutschen Außenpolitik:

„So wollen wir mit guter Hoffnung und mit ruhiger Entschlossenheit wieder in die Verhandlungen hineingehen,

mit Entschlossenheit, unser deutsches Recht ungeschmälert zur Geltung zu bringen, aber auch mit Entschlossenheit, unsere Arbeit in den Dienst des Ganzen zu stellen . . .“

Der oberste Grundsatz deutscher Außenpolitik ist also: die Wahrung deutschen Rechtes. Die etwaige Wahrung der Rechte anderer steht erst an zweiter Stelle.

Wie wendet Nadolny diesen Grundsatz auf die Abrüstungskonferenz an?

„Die vorbereitende Abrüstungskommission, die fünf Jahre getagt hatte, war über alle unsere Anträge und Einsprüche hinweggegangen und hatte einen Vorentwurf einer Konvention zusammengebracht, der nichts von Abrüstung enthielt und der ausdrücklich nochmals die Entwaffnungsbestimmungen der Friedensdiktate festlegte, sie sogar zur Voraussetzung jeder Rüstungsbeschränkung der anderen Staaten machte.

### Das bedeutete für uns

nochmalige Unterzeichnung des Versailler Diktats gegenüber der ganzen Welt. So schien es fast, als sollte die Konferenz denselben Verlauf nehmen wie ihre Vorläuferin, die vorbereitende Kommission.

Nadolny spricht dann über die von Italien vorgeschlagene qualitative und die von Amerika und Rußland geforderte quantitative Abrüstung und fährt fort: „Damit war die Konferenz auf die Plattform eines wirklichen Abrüstungsprogramms gestellt. Damit aber wurde es zugleich klar,

daß die Welle in unserer Richtung zu laufen begann

Es ist selbstverständlich, daß wir als Sozialisten auch Gegner der Sklaverei sind und es im allgemeinen begrüßen, wenn jemand zum Kampf gegen dieses Unrecht aufruft, die Aufmerksamkeit der Welt darauf lenkt. Aber was soll dieser Aufruf? Was soll der Aufruf der Gattin des Außenministers jenes Weltreichs, „in dem die Sonne nie untergeht“? In jenem Weltreich bescheint die Sonne das riesige Indien, in dem es mehr als 300 Millionen Unterdrückte gibt, es bescheint die britischen Interessensphären in China, wo hungernde Millionen als Bettler, Räuber, Soldaten durchs Land ziehen, weil sie keine Blicke haben, wo Hunderttausende in einem Krieg ermordet werden, den aufzuhalten der britische Außenminister sich nicht bemüht hat. Wenn die Sonne über das britische Weltreich wandert, sieht sie auch Afrika, wo Millionen von Negern ihres Landes beraubt, von der Gunst der Landesgenossen von Lady Simon leben, und die Gunst dieser Landesgenossen reicht nicht weit, reicht nur so weit, wie es dem Geldbeutel zuträglich ist. Und schließlich scheint die Sonne über der Heimat der Lady Simon, wo die Erwerbslosen mit ihren Familien mehr als 5 Millionen ausmachen. . . .

Aber natürlich, Sklaverei ist all das nicht! Die hungerten Millionen in Indien, die chinesischen Kulis, die afrikanischen Neger und gar die britischen Arbeiter sind frei! Sie sind nicht die Ketten geschlossen, sondern wenn ihre Herren keine Verwendung mehr für sie haben oder es ihnen nach dem Land jener Untertanen des britischen Monarchen gelüstet, dann sind sie frei, dürfen fortgehen und sehen, wo sie künftig ihre Haut zu Markte tragen können, um sich das zum Leben Notwendige zu beschaffen. Sklaven zu halten rentiert sich für britische Kapitalisten nicht, und daher können sie es sich erlauben, ihre Frauen Aufrufe in die Welt hinauszuposaunen zu lassen, um im Namen von Recht, Freiheit und Menschlichkeit gegen die Grausamkeit der Sklaverei zu protestieren. Als Sklavenhalter, die in den von Lady Simon zitierten Sätzen „tollwütige Hunde“ genannt werden, haben die edlen Briten ihren Reichtum und ihre Macht und ihr Ansehen aufgebaut. Als es sich nicht mehr lohnte, haben sie die Sklaverei aufgegeben. Tollwütige Hunde sind manche von ihnen jedoch geblieben und diese „niederzuknallen“ ist jedenfalls ein beachtenswerter Vorschlag. Lady Simon brauchte nicht einmal nach Afrika zu fahren, um diese Aufgabe in Angriff zu nehmen.

Wenn es einer Frau wie Lady Simon ernst ist um die Phrasen, mit denen sie zwei Spalten der „Frankfurter Zeitung“ füllt, so kann sie das leicht beweisen. Die Zahl derer, die im Machtbereich der britischen Regierung, deren Außenminister ihr Gatte ist, in moderner Sklaverei leben, ist hundertmal so groß wie die Zahl derer, die — den offiziellen Statistiken zufolge — in anderen Ländern in Leibeigenschaft leben. Wenn sie den Kampf für das Recht da aufnimmt, wo es für sie am nächsten liegt, dann ist allerdings zu befürchten, daß sie von den „tollwütigen Hunden“ aus ihrer gesellschaftlichen Stellung verdrängt wird. Dann hätte sie aber auch das Recht, für die Abschaffung der Sklaverei in anderen Ländern zu kämpfen und sogar zu diesem Zweck Aufrufe zu erlassen.

## Militär gegen hungernde Arbeiter.

Der demokratische Senator Conally von Texas protestierte im amerikanischen Senat in scharfer Weise dagegen, daß die Besetzung des an der mexikanischen Grenze gelegenen Forts Russell herausgenommen und die Truppen nach dem Grubengebiet von Kentucky verlegt werden, wo die Bergarbeiter bekanntlich in grenzenlosem Elend und unter der vor keiner Gemeinheit zurückschreckenden Herrschaft der Grubengesellschaft leben.

Wie die Zustände in Kentucky sind, haben wir erst kürzlich im „Funken“ (Nr. 232) berichtet. Statt dafür zu sorgen, daß die dort bestehende Sklavenwirtschaft endlich beseitigt wird, umlagert die Regierung das Gebiet nun mit Militär, das der Miliz und Grubenpolizei im Kampf gegen die Arbeiter beisteht.

und daß auch für unsere Gleichberechtigung die Stunde geschlagen hatte. Ich glaube mich keinem übertriebenen Optimismus hinzugeben, wenn ich sogar die Ueberzeugung ausspreche, daß die Konferenz im kommenden Jahr — wenn nicht besonders Zwischenfälle die Weiterarbeit vereiteln — tatsächlich zu einem positiven Ergebnis gelangen wird, nämlich zu einer Konvention, die

### sowohl eine nennenswerte allgemeine Abrüstung wie auch die volle Anwendung unserer Gleichberechtigung

enthalten wird. Freilich wird zur Erreichung der beiden für unsere Unterschrift unter die Konvention maßgebenden Ziele, der allgemeinen Abrüstung und unserer Behandlung gleich allen anderen Staaten, noch manche Schwierigkeit zu überwinden und mancher Kampf auszufechten sein.“

„Es wäre zu wünschen, daß die Konferenz sich in dieser Hinsicht (Einzelheiten in der Abrüstung) in der ersten Konvention noch nicht zu sehr in Einzelheiten verliert, sondern sich zunächst möglichst mit globalen Lösungen begnügt und die genauere Bestimmung späteren Konferenzen vorbehält.“

Also, das Ausschlaggebende ist die volle Gleichberechtigung, sie sollte verbunden sein mit einer nennenswerten Abrüstung, wofür die Einzelbestimmungen aber auf späteren Konferenzen behandelt werden. Der oben genannte Grundsatz ist voll und ganz gewahrt: „Das „deutsche Recht“, d. h. die sogenannte Gleichberechtigung, soll durchgesetzt werden, aber auch die „Arbeit im Dienst des Ganzen“, der Abrüstung, wird erwähnt, nur hat die deutsche Abordnung auf der Konferenz es hierbei in bezug auf Einzelheiten weniger eilig.

Der genannte Grundsatz der deutschen Außenpolitik ist nichts weiter als eine konsequente Folge des Grundsatzes der Souveränität; denn wenn die eigene nationale Regierung die höchste Instanz ist, wenn sie also keine internationale Gesetzgebung als übergeordnet anerkennt, so muß ihr notwendigerweise in erster Linie an der Wahrung ihrer eigenen Interessen liegen. In ihrer Stellung zur Abrüstungskonferenz liegt ihr also zuerst daran, die eigene Wehrmacht im Verhältnis zu der anderer Staaten zu stärken, während ihr die Sicherung des Friedens weit weniger dringend erscheint.



# „Erwerbslosenkolllektive.“

## Neue Aufgaben der Gewerkschaften.

R. H. Da mit „Wehrsport“ und Phrasen von der leiblichen und seelischen „Ertüchtigung“ den jungen Erwerbslosen auf die Dauer ebensowenig geholfen wird, wie durch den „Freiwilligen Arbeitsdienst“, wurde jetzt in Berlin eine „Erwerbslosenselbsthilfe“ gegründet. An dieser Organisation sind auch die Freien Gewerkschaften beteiligt. Zunächst wurden Wohnkolllektive in Angriff genommen und ebenso Werkkolllektive, in denen Facharbeiter tagsüber an der Erhaltung und Verbesserung ihrer Berufsfertigkeit arbeiten und dabei gleichzeitig Ausbesserungsarbeiten der Kleidung, des Schuhzeugs und der Möbel der Wohnkolllektive ausführen können.

Das erste derartige Heim für junge Erwerbslose wurde in Berlin in der Schlesischen Straße 42 eingerichtet in leerstehenden Räumen des früheren Verbandshauses der Gemeindearbeiter, die der Gesamtverband kostenlos zur Verfügung stellte. Das Heim soll eine wirkliche Heimat werden für solche Erwerbslose, die keine Familienangehörigen in Berlin haben oder denen das Elternhaus seit ihrer Erwerbslosigkeit — wie in ungeheurer vielen Fällen — zur Hölle geworden ist. Das Mittagessen holen die Mitglieder dieses Kollektivs aus der Notstandsküche, die übrigen Mahlzeiten bereiten sie sich selber. Der Lebensunterhalt kann auf diese Weise derart verbilligt werden, daß auf den einzelnen in der Woche für Wohnung und Essen nur sechs Mark entfallen, die er von seiner Wohlfahrtsunterstützung zahlt. Abends besuchen die jungen Genossen die Veranstaltungen ihrer Gewerkschaften und Parteien oder nehmen an Arbeitsgemeinschaften zur geistigen, insbesondere politischen Weiterbildung teil.

Die „Erwerbslosenhilfe“ plant auch ein Wohnkolllektiv für erwerbslose junge Arbeiterinnen. Wenn die „Erwerbslosenhilfe“ hinreichende Unterstützung durch die Arbeiterorganisationen erfährt, sollen nach diesen Vorbildern in den verschiedensten Stadtteilen Berlins derartige Kollektive eingerichtet werden.

Es ist sehr zu wünschen, daß die Freien Gewerkschaften alle Kräfte einsetzen für die Verwirklichung dieser Pläne. Derartige Hilfsmaßnahmen hätten schon viel früher und in größerem Maßstabe erfolgen müssen. Das ist wichtiger als der Bau von Prunkpalästen für die Verwaltungsgewerkschaften, dann wären die erwerbslosen Jungarbeiter gar nicht erst in die Lager des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ gelaufen, und die Gewerkschaften könnten es sich heute leisten, den FAD völlig zu sabotieren, wobei ihre Organisation sogar noch zahlenmäßig wachsen könnte durch Zustrom von Jungarbeitern, die neues Zutrauen zu solchen Kampf- und Hilfsorganisationen bekommen hätten. Doch noch ist es nicht zu spät!

Bezeichnend für den Geist vieler Hauswirte ist übrigens, daß sie meist große Schwierigkeiten machen, ihre leerstehenden (!) Wohnungen an Privatpersonen zur Kollektivbenutzung durch Erwerbslose zu vermieten. Wenn es sich um SA-Kasernen handeln würde, das wäre etwas anderes... Deshalb war es notwendig, eine juristische Körperschaft zu bilden, die die Verantwortung für alle ihr angeschlossenen Wohnungen und Mitglieder übernimmt.

Aber auch von anderer, nichtgewerkschaftlicher Seite wurden diese Gedanken des Kollektivwohnens aufgegriffen und mit bestem Erfolg durchgeführt. In der Beilage „Die Brücke“ des „Berliner Tageblatts“ vom 4. Dezember berichten verschiedene Teilnehmer an derartigen Einrichtungen über ihre Erfahrungen. So haben in Breslau vor einiger Zeit junge Erwerbslose, Arbeiter und Studenten ein gemeinsames Wohnheim gegründet. Sie mieteten eine Großwohnung, die so untergeteilt wurde, daß der größte Raum als gemeinsames Wohnzimmer und die übrigen Zimmer als Schlafräume mit je drei Betten eingerichtet wurden. In Breslau kostet eine Fünf-

zimmerwohnung monatlich 80 bis 90 Mark, eine Schlafstelle wöchentlich mindestens 4 Mark, während die Mitglieder des erwähnten Wohnheims für Wohnung, Heizung und Waschen der Bettwäsche und Handtücher monatlich 9 (neun) Mark bezahlen! Dafür bezahlt die „Wohlfahrt“ den Ausgesteuerten eine Mietbeihilfe. An Verpflegungskosten zahlt jedes Mitglied der Gruppe 20 Mark im Monat. Die Wohnungseinrichtung wurde von Bekannten gestiftet und von den jungen Arbeitern „auf neu“ hergerichtet. Auch bei Versteigerungen können für diese Zwecke geeignete Möbelstücke billig erworben werden.

Ein Tagesheim hat eine Arbeitsgemeinschaft im Morgenstunde in Sangerhausen eingerichtet. Gegründet wurde es von einer Gruppe junger Gewerkschafter, die ihre Freizeit zur geistigen und beruflichen Fortbildung benützen wollen. Das Heim ist tagsüber (auch am Sonntag) für Erwerbslose und im Beruf Stehende geöffnet. Es liegen alle wichtigen Tageszeitungen aus und eine umfangreiche Bibliothek steht, jedem kostenlos zur Verfügung. Zur Unterhaltung sind Schach- und andere Spiele vorhanden; außerdem wird in dem Heim viel musiziert. An den Abenden finden Vorträge und Kurse statt (zum Beispiel in Stenographie, Buchführung, Englisch, Mathematik und ähnlichem). Diese Veranstaltungen werden von den noch in Arbeit stehenden Teilnehmern finanziert. Die finanzielle Unterhaltung des Heimes selber geschieht aus eigener Kraft, aus Wochenbeiträgen der Arbeitslosen und aus freiwilligen Spenden.

Das Tagesheim hat neuerdings sechs Morgen Land gepachtet, die gemeinsam umgegraben wurden; im kommenden Frühjahr sollen darauf Getreide und Kartoffeln angebaut werden. Die Erträge werden nach Leistung (geleisteten Arbeitsstunden) an die einzelnen Beteiligten verteilt. Irgendein Lohn wird nicht gezahlt, dagegen wird an den Arbeitstagen Frühstück und Mittagessen ausgegeben. Es ist geplant, im Laufe der Zeit noch mehr Land zu beschaffen, um auf diese Weise für diejenigen, die doch voraussichtlich keine Arbeitsstelle mehr bekommen, vorzusorgen. Der Bericht schließt mit den Worten: „Wir sind der festen Überzeugung, daß wir über diese Notzeit nur durch Selbsthilfe hinwegkommen.“

Schließlich sei noch von Organisationen berichtet, die Gemeinschaftsküchen eingerichtet haben. Zuerst wirkliche nach langer Vorarbeit der „Verein Erwerbslosenküchen“ in Frankfurt am Main diesen Gedanken. Seinem Beispiel folgte bald der Berliner Verein für Erwerbslosenpeisung „Gemeinschaftsküche“. Diese Vereine sind genossenschaftlich aufgebaut. Die Anregung ging von den Erwerbslosen selber aus; die Erwerbslosen machen auch alle Arbeiten selber. Kein teurer bürokratischer Apparat belastet das Unternehmen. Der einzige Entgelt, den die in der Küche und Verwaltung arbeitenden Frauen und Männer erhalten, ist das Anrecht auf eine Portion Essen für sich und ihre Familie. Dieses Hilfswerk kam zustande ohne behördliche Einmischung und ohne öffentliche Unterstützung.

Jeder Küche ist ein „örtlicher Verein“ angeschlossen, in dem die in enger Nachbarschaft wohnenden Erwerbslosen und auch in Arbeit Stehende als Mitglieder vereinigt sind. Diese örtlichen Vereine wieder sind in einem „Dachverein“ zusammengefaßt. Die Aufgabe des Dachvereins ist vor allem der billigere Großeinkauf und die Unterstützung örtlicher Vereine durch Zuschüsse und Kredite. Diese Tätigkeit des Dachvereins ermöglicht es, das Liter Essen für 25 Pfennige herzustellen; abgegeben wird das Liter für 10 Pfennige; 15 Pfennige werden von den örtlichen Vereinen und dem Dachverein aufgebracht. In Berlin bestehen schon mehrere dieser Küchen und weitere sind geplant. Die Erwerbslosen, die diese Küchen in Anspruch nehmen, erhalten ihre volle Unterstützung weiter, da die Richtsätze nicht gekürzt werden, wenn es sich um Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege handelt.

Wir behandeln diese bisher gesammelten Erfahrungen über Gemeinschaften Erwerbsloser zur Erleichterung ihres schweren Lebenskampfes durch gegenseitige Hilfe deshalb so ausführlich, weil hier tatsächlich für alle Arbeiterorganisationen noch Neuland der Tat liegt; es ist erstaunlich, wie wenig derartige Möglichkeiten bisher ausgenutzt wurden. Allerdings übersehen wir nicht die bei solchen Versuchen organisierter Selbsthilfe ebenfalls entstehenden Gefahren. Aber Gefahren sehen, bedeutet noch nicht, daß man gar nichts tun dürfe, um die Sicherheit zu haben, keine Fehler zu machen. Gefahren können vermieden werden! — Da ist zunächst der Einwand: die arbeitslosen Genossen werden durch solche Hilfsmaßnahmen organisatorisch zu sehr in Anspruch genommen und vom Kampfe abgehalten. Dieser Einwand ist vielfach nur eine Abwandlung der „Verelendungstheorie“. Im übrigen zeigt gerade die Erfahrung, daß die Verbesserung der äußeren Lage (zudem handelt es sich eigentlich nur darum, zu verhindern, daß die Lebenshaltung — wie heute vielfach — unter die unterste Grenze der Lebensmöglichkeit und des Menschenwürdigen absinkt) nicht notwendiger Weise eine Schwächung der Kampfkraft der Genossen nach sich ziehen muß. Gerade auch in den Kreisen der ISK-Genossen, die lange vor den obengenannten Versuchen derartige Not- und Lebensgemeinschaften verwirklicht und als gut erprobt, wurden ermutigende Erfahrungen gesammelt, die das Gegenteil der Befürchtung beweisen, unbeschadet der entschiedenen Ablehnung zwangsmäßiger Kollektivierungsmaßnahmen durch den ISK.

Ein gewichtigerer Einwand ist der, dem Staat werde es zu leicht gemacht, seine Pflichten gegenüber seinen Bürgern abzuwälzen. Unseres Erachtens handelt es sich hier um reine Machtfragen. Ein Klassenstaat wird eine solche Abwälzung immer versuchen, soweit es in seiner Macht steht. Wenn es nun gelingt, zu verhindern, daß die politische Aktivität herabgemindert, dagegen vielleicht sogar noch gestärkt wird, dann kann dieser Gefahr mit größerer Ruhe als heute entgegen-gesehen werden.

Auf jeden Fall sollte jedoch jede derartige Organisation der Erwerbslosenhilfe von Arbeiterseite darauf verzichten, das sogenannte „Netzwerk der deutschen Jugend“ in Anspruch zu nehmen. Die Beihilfen des Staates sind zu gering (höchstens 15 bis 25 Pfennige pro Person und Tag), um ins Gewicht zu fallen; die als Gegenleistung gestellten Bedingungen dagegen sind so militaristisch und den Interessen der Arbeiterklasse entgegengerichtet, daß hier keinerlei Konzessionen möglich sind!

## Zwei Weihnachtsbotschaften.

### „Erlöse uns von dem Übel...!“

1.

Der „Bayerische Kurier“ veröffentlichte zu Weihnachten einen großen Artikel des Kardinals Faulhaber über „die Botschaft von Bethlehem“. Sie laute: „Einfachheit, Genügsamkeit, Abhärtung“ und gelte nicht nur für die Reichen, sondern auch — für die Armen:

„Freilich müssen auch die Armen selber genügsam sein und dürfen nicht auf Schleichwegen sich doppelt beschenken lassen, während andere leer ausgehen.“

2.

Zur gleichen Zeit erhielt der Professor der evangelischen Theologie Karl Bath in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ das Wort zu einer Weihnachtsepistel. In dieser heißt es u. a.:

„Der Mensch kann sich nicht selbst helfen wollen. Daß er sich selber helfen will, das ist, in dem einzigen ernsthaften Sinn des Wortes verstanden: seine „Sünde“.“

In der Gesellschaft dieser beiden „Gottesgelehrten“ befinden sich heute noch immer Millionen von Arbeitern. Wer öffnet ihnen die Augen?  
H. Lt.

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**HÖHLEN-KULIS**  
REVOLTE AN DER RUHR (46)  
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 10

Männer rütteln am Zechentor, werfen sich mit ihren Schultern dagegen. Den vereinten Kräften gelingt es, das Tor zu sprengen. Die Masse flutet auf den Zechenplatz. Der Portier versucht sie zurückzuhalten, wird über den Haufen gerannt. Zum Schacht laufen sie, auf dem die Seilscheiben nur langsam kreisen. Nichts kann sie aufhalten, bis sie oben sind auf der Hängebank, vor dem Schacht.

Glockensignale hallen aus der Tiefe, das Verletzensignal: Langsamste Fahrt!

In erwartungsvoller Angst heften sich die Augenpaare auf den Anschläger, der jetzt langsam die eiserne Schiebtür, die den Schacht verschließt, aufstößt. Die Bogenlampen blinken vom Korb. Eine Bahre, auf der eine in Decken gehüllte, reglose Gestalt liegt, wird von zwei rauchgeschwärtzten Männern herausgetragen.

„Wer ist es?“ fragt man sie.

Sie zucken die Achseln, wissen es selbst nicht, wer der Tote ist.

Glockensignal: Hängen.

Die zweite Etage wird vorgesetzt, eine Bahre wird herausgetragen.

„Wer ist es?“ fragt man die beiden Träger.

Achselzucken.

Eine Frau geht auf die Bahre zu, reißt die Decke herunter. Suchend gehen ihre Augen über das unkenntliche, verkohlte Gesicht des Toten. Ist er es, den sie sucht, oder ist es ein anderer? Sie kann keine Antwort darauf geben, aber das schreckliche Totengesicht treibt ihr die Tränen aus den Augen. Noch zwei Bahren werden herausgebracht, keiner der Toten ist zu erkennen.

Der Korb fährt in die Tiefe, die vier Bahren werden fortgetragen. Angsterfüllte Gesichter starren schweigend auf den Schacht.

„Polizei kommt“, wird aus den hintersten Reihen der am Schacht Wartenden gebrüllt. Die vor dem Schacht weichen nicht von der Stelle. Was will die Polizei hier? Mag sie sich zum Teufel scheren. Schupohelme blinken auf, der Portier hat sie herbeigerufen per Telephon, als man das Zechentor aufbrach. Er handelt nach seinen Instruktionen.

„Der Schacht muß frei bleiben, damit die Förderung der Toten und Verletzten ungehindert vor sich gehen kann“, ruft der Oberwachtmeister, der das Kommando führt. „Ihr verzögert die Ausfahrt und seid schuld, wenn durch diese Verzögerung Leute sterben müssen.“

Die Hintersten gehen von selbst, die anderen werden mit sanfter Gewalt vom Schacht und Zechenplatz gedrängt. Das Tor wird geschlossen, zwei Schupobeame halten davor Wache. Die Menge murr. Warum treibt man sie vom Schacht, wo es doch ihr Recht ist, dort auszuharren, bis sie Kunde hat über das Schicksal derer, um die sie bangt. „Zum Schacht“, werden Rufe laut. „Schlagt die blauen Hunde tot!“ In drohender Haltung rückt die Menge gegen das Zechentor vor, die Schupos ziehen ihre Pistolen. Zwei Autos kommen die Straße hinaufgerast, das Ueberfallkommando springt heraus. Sie fassen sich an den Händen, bilden eine lebende Kette, drängen die erregten Menschen auf die andere Straßenseite.

„Zurück, die Straße muß frei bleiben!“

Flüche fallen, Drohungen; Steine werden aufgehoben. Die Lage wird für die Polizisten immer bedrohlicher. Der Polizeikommissar von Annendorf redet begütigend auf die Menge ein.

„Leute, nun seid doch vernünftig und zwingt uns nicht zu Gewaltmaßnahmen. Die Straße muß frei bleiben für die anfahren Krankenwagen und die Rettungsmannschaften, die herbeigerufen sind. Eure Aufregung ist verständlich, wir fühlen mit euch. Deswegen sehen wir über vieles hinweg. Keinem aber ist geholfen, wenn er sich der ungestörten Abwicklung der Rettungsarbeiten hindernd in den Weg stellt.“

Diese Worte wirken besser als die gezogenen Pistolen der beiden Posten vor dem Tor. Langsam wird der Platz vor dem Zechentor frei gemacht.

Auf der anderen Straßenseite steht jetzt die Menschenmauer, starrt auf den Zechenplatz, das riesige Stahlskelett des Fördergerüsts. Ein Lastauto rattert heran, Männer darauf in hellen Grubenanzügen. Sauerstoffapparate und Rauchhelme haben sie neben sich liegen; es ist die Rettungsmannschaft der benachbarten Zeche. Das Tor wird geöffnet, das Auto fährt ein. Hinter ihm drängt sich Mutter Kroll durch das Tor, an den sie nicht bemerkenden Schupobeamen vorbei. Den Portier, der sie in übertriebenem Pflichteifer zurückschieben will, stößt sie mit der knöchernen Faust vor die Brust.

„Pack mich nicht an, Schmidt“, sagt sie drohend. „Drei Jungens hab ich unten, hast du verstanden?“

Da läßt er sie gehen, verschließt das Tor. Mutter Kroll geht zum Schacht, fragt einen vorübergehenden Arbeiter:

„Ist noch niemand gerettet?“

„Doch, sie stehen unten vor dem Schacht und warten, daß man sie zutage fördert.“

Die Alte schaut zum Förderturm empor, sieht die Seilscheiben kreisen. Jetzt werden sie kommen, denkt sie.

Die Räder stehen still, schwere Arbeitsschuhe klappern die eiserne Treppe der Hängebank hinunter.

Bergleute mit nackten, schwarzen Oberkörpern kommen aus der Grube, nur mit Hose und Schuhen bekleidet, mit und ohne Grubenlampe, wie sie auf der Flucht vor dem schwarzen Tode von ihren Arbeitsstellen weggelaufen sind. Ihre Körper schauern zusammen vor Kälte, ihre Augen blinzeln in das ungewohnte Licht, in ihren Gesichtern ist die Freude zu lesen über ihre Rückkehr zum Tage in die Sicherheit. Aufmerksam schaut Mutter Kroll in jedes schwarze Gesicht, aber keins ist darunter, das einem ihrer Söhne gehört. Mutlosigkeit und Niedergeschlagenheit befällt sie. Ein junger Lehrling kommt als Letzter vom Schacht, ihn spricht Mutter Kroll an.

„Sag, Alfred, du hast doch bei meinen Jungens gearbeitet. Wo sind sie, kommen sie bald?“

(Fortsetzung folgt.)

# Weihnachtüberraschung für das sächsische Volk.

„Nehmen ist seliger als Geben!“

O. T. In Nummer 278 des „Funken“ wurde das Urteil des Staatsgerichtshofes in Sachen Land Sachsen gegen evangelisch-lutherische Landeskirche mitgeteilt. Wie war es möglich, daß in dieser Notzeit die Kirche an den Staat eine solche ungeheuerliche Forderung stellen konnte? Sachsen weiß nicht, wie es den Fehlbetrag in seinem Haushalte decken soll. Als ausgesprochenes Industrieland mit dichtester Bevölkerung hat es mehr als jeder andere deutsche Staat an Wohlfahrtslasten zu tragen. Seinen Beamten, Lehrern und Angestellten kann es nur in rollenden Dritteln die Gehälter und Löhne auszahlen. Und da wird es verurteilt, noch Millionenbeträge in den unersättlichen Rachen der Kirche zu werfen! Wie war das möglich?

Wieder einmal rächte sich die im „Funken“ gezeigte Tatsache, daß die Parlamente und Regierenden der Revolutionszeit eine Auseinandersetzung mit Fürsten und Kirchen scheuten wie heißes Eisen. Auch im „roten“ Sachsen! Hinzu kam, daß die Kirche kluger Weise zunächst mit Forderungen zurückhielt, so daß eine Auseinandersetzung nicht zwangsweise auf die Tagesordnung gesetzt zu werden brauchte. Außerdem war Inflationsgeld auch für die Kirche nicht schmackhaft genug. Der Appetit kam aber, als wieder mit fester Währung gerechnet wurde und die Linksregierung Zeigner abtreten mußte.

Mit Hilfe eines außerordentlich günstigen Kirchensteuerrechtes, das ihr bereits verliehen worden war, konnte die Kirche bis dahin alle ihre finanziellen Bedürfnisse befriedigen. Sie hatte aber unterdes ihren Verwaltungsapparat um 100 Prozent vermehrt — obwohl die Anhängerzahl um 10 Prozent gesunken war! — und auch sonst ihre Arbeitsgebiete erweitert. Deshalb forderte sie nun noch vom Staate Aufrechterhaltung aller Leistungen, die ihr durch die frühere Gesetzgebung zugesichert worden waren. Das lehnte der Landtag ab. Daraufhin führte die Kirche am 17. Februar 1926 einen Schiedsspruch des Reichsgerichts herbei, durch den der Staat zu gewissen Leistungen verpflichtet wurde. Der Landtag lehnte diese Verpflichtung ab, obwohl die Regierung selbst bereit war, restlos zu zahlen.

Da wurde der Kirche am 1. Oktober 1926 die längst erstrebte Selbständigkeit verliehen, und das Gesetz enthielt folgenden verhängnisvollen Paragraphen: § 2: „Hierdurch (durch Aufhebung von Behörden) wird die Verpflichtung des Staates zur Weitergewährung der auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen oder zur Gewährung entsprechender Ersatzleistungen nicht berührt.“

Die Gesetzgeber ahnten damals nicht, welche gewaltigen finanziellen Lasten das Land einmal zu tragen haben würde und wie sehr die Finanzhoheit des Staates eingeschränkt werden würde. Sie glaubten aber gewiß auch nicht, daß die Kirche einmal trotz aller Volksnot rücksichtslos auf ihrem Schein bestehen bleiben könnte. Sie präsentierte ihn aber immer wieder und stellte dabei Forderungen, an die vorher kein Mensch gedacht hatte. Aber jedesmal blieb der Landtag hart und lehnte ab. Das war nur möglich, weil

in dieser Frage eine erfreuliche, unerschütterliche Einheitsfront

von der KPD bis zu den Demokraten bestand. Der Abgeordnete Lehrer Clause (Demokrat), der gründlichste Kenner des Streitfalles, war dabei der überlegene und schärfste Kämpfer.

Durch das Gesetz von 1926 gebunden, machte der Landtag schließlich seine Zustimmung davon abhängig, daß die Kirche ihre Forderungen mit den nötigen Unterlagen — Rechtstiteln, Nachweis des Kirchensteueraufkommens u. s. w. — begründete. Das lehnte die Kirche als „technisch unmöglich“ ab oder brachte Rechtstitel vor, die für die Abgeordneten belanglos waren, zum Beispiel solche: Befehl vom 6. April 1506 (!), oder: Matrikel und Kommissionsakten von 1622, oder: Verordnung vom 30. August 1726! Meist aber konnte gar kein Rechtstitel angegeben werden, sondern man berief sich auf das „Gewohnheitsrecht“. Deshalb lehnte der Landtag wieder ab, zumal die Kirche auch noch auf der „Goldklausel“ bestand, wonach alle rückständigen und zukünftigen Leistungen in Goldmarkbeträgen beizubringen seien. Bescheiden war ja die Kirche nie!

Da wendet sich die Kirche 1927 zum ersten Male an den Staatsgerichtshof, um das Land durch eine einstweilige Verfügung zunächst zur Zahlung von Zuschüssen für die Besoldung der Geistlichen zu zwingen. Die Verfügung wird nicht erlassen, weil sich beide Teile scheuen, einen öffentlichen Prozeß zu führen (warum wohl?), und zu einem Vergleich bereit sind! Die Regierung legt auch einen Vergleichsvertrag vor, der am 15. Januar 1929 rechtsverbindlich abgeschlossen wird und 1930 auch die Zustimmung der Landessynode erhält. Aber

die linke Einheitsfront besteht im Landtage immer noch und erkennt den Vertrag nicht an, läßt es nun vielmehr auf eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes ankommen. Die Klage der Kirche läuft also weiter, jetzt aber günstig unterbaut durch den Vertrag, in dem fast alle Wünsche und Forderungen der Kirche berücksichtigt waren. Am 11. März 1932 kommt es zur ersten Verhandlung, die mit einem Vergleichsvorschlag endet, auf den sich aber der Landtag wiederum nicht einläßt, weil er angesichts der Volksnot die Erfüllung der Forderung nicht verantworten kann. Die Kirche aber führt die Klage hartnäckig weiter, und so kommt es am 20. Dezember 1932 zu dem bekannten Urteil des Staatsgerichtshofes, das für die Kirche sehr günstig ausgefallen ist. In der Begründung dazu heißt es: „Es ist festzustellen, daß die im Vergleichsvorschlag enthaltene und von der Antragstellerin angenommene Summe sich mit dem deckt, was billigerweise gefordert werden kann.“

Das sei billig und recht, wenn der Staat in seiner größten Notzeit, zum Teil auf Grund eines mittelalterlichen Gewohnheitsrechtes (!), jährlich 2 Millionen und noch 5 Millionen für rückständige Leistungen an die reiche Kirche zahlen soll? Mag der Staat zusehen, wie er die hungrigen Fürsorgeempfänger befriedigt, wenn nur der gute Magen der Kirche gesättigt wird!

Übrigens bot die Regierung auch der katholischen Kirche an, sich mit ihr auf derselben Grundlage zu einigen. Das Bistum Meißen lehnte aber ab, weil ein solcher Vertrag nur mit Rom abgeschlossen werden könnte!

## Ueberfall auf Arbeitsdienstlager in der Silvesternacht.

Auf das Arbeitslager auf dem Ellenbogen in der Hohen Rhön wurde in der Nacht zum 1. Januar ein Ueberfall ausgeführt. Die unter der Leitung eines Hauptmanns stehenden Arbeitswilligen feierten gerade Silvester. Es kam zu einem Handgemenge mit Kommunisten, die angeblich die Baracke anzünden wollten. Auf Seiten der Kommunisten gab es einen Schwer- und mehrere Leichtverletzte. Die Arbeitsfreiwilligen „machten mehrere Gefangene“ (!). Anscheinend handelt es sich um ein Nazilager oder um sonstige Nationalisten, denn der nationalsozialistische Staatsminister Sauckel will persönlich an der Untersuchung des Falles teilnehmen.

## Tariffkündigung in der Metallindustrie des Siegerlands und des Dill-Bezirks.

Der Arbeitgeberverband für die Siegerländer Gruben und Hütten hat zum 31. März 1933 die Rahmentarifverträge für die Arbeiter der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie im Siegerland und im Dill-Bezirk und für die Angestellten der Betriebe im Bereiche des Arbeitgeberverbandes, außerdem das Gehaltsabkommen für die Angestellten zum 31. Januar 1933 gekündigt. Begründet wird dieser Schritt mit der „Notwendigkeit der Anpassung der Löhne und Arbeitsbedingungen an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse“, die heute die Wettbewerbsfähigkeit in Frage stellen. —

Immer das alte Lied: Durch Subventionspolitik des kapitalistischen Staates und damit Verhinderung wirtschaftlich notwendiger Bankrotte werden die Gesteungskosten im einzelnen Werk wegen der geringen Ausnutzungsmöglichkeit des Produktionsapparates künstlich hochgehalten. Die Arbeiter haben dann die Zeche zu bezahlen in Form gedrückter Löhne, die Verbraucher in Form hochgehaltener Preise.

## Reichstarif der Bankangestellten wieder verlängert.

Die Kündigungsfrist des Tarifs im Bankgewerbe war im Dezember 1931 durch Entscheidung des Schlichters auf einen Monat festgesetzt worden. Auf Antrag des Deutschen Bankbeamtenvereins wurde diese Kündigungsfrist später im Einverständnis aller beteiligten Organisationen auf drei Monate verlängert. Von der Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 1932 ist von keiner Seite Gebrauch gemacht worden. Der Deutsche Bankbeamtenverein teilt nun mit, daß dies auch nicht zum 31. März 1933 geschehen ist, sodaß die Dauer des Tarifabkommens zunächst bis zum 30. Juni 1933 gesichert ist. Der Reichstarif für die Bankangestellten betrifft 70 000 Bankangestellte und ist der größte Kollektivvertrag für Angestellte in Deutschland.

## Der französische Hafnarbeiterstreik geht weiter.

Der Schlichtungsversuch zur Beilegung des Hafnarbeiterstreiks in Le Havre und Dünkirchen sind ergebnislos verlaufen. Der Streik wird daher fortgesetzt werden. Am Sonntag fand in Paris ein Tagung von Vertretern der Hafnarbeiter aller französischen Häfen statt.

## Nazi-Zeitungen in Gefängnissen.

Der preußische Justizminister hat auf eine nationalsozialistische Anfrage im preußischen Landtag wegen angeblicher Nichtzulassung von Nazizeitungen in den preußischen Gefängnissen jetzt geantwortet, der „Angriff“ und der „Völkische Beobachter“ seien in den Gefangenenanstalten nicht verboten.

Linken Zeitungen gegenüber ist die Justizverwaltung unseres Wissens nicht so tolerant.

**Das Haus der guten Schuhe H. Ebel**  
Berlin N 65, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon: D 6 Wedding 2358  
Bel Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut schnell billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M., Riederwald  
Engelsplatz 12.

**C. Lotze**  
Göttingen  
Johannisstr. 2

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen  
**A. N. Timmermann**  
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde  
und Leser des  
„Funken“!  
**Unterstützt  
Euro  
Zeitung!**  
Werbt Abonnenten.  
Sammt Anzeigen!  
Beworben bei Einträgen  
unserer Inserenten!



## Was tust Du

für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der

**Rochdruckerei Oscar Wettfo, Gelnhausen, Hessen-N.**

Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

**Butter  
Käse, Eier  
Landbrot**

Anfertigung eleganter  
**Damengarderobe**  
und  
**Reformkleidung**  
**J. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

## Röstkaffee

per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.  
Lieferung ab 8 Pfund frei Haus.  
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-  
scheckkonto: Hamburg 71108.

**Robert Ziegler. Kaffee-Versand**  
Hamburg 88 / Heidhörn 42.

## Warum werfen Sie Ihr Geld weg

für minderwertige Konfektionskleidung?  
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach  
Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem  
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.

**Rudolf Schönheit**  
Herren- und Damen-Maßschneiderei  
Magdeburg, Jetzt Johannsbergstr. 10 III

**Pflanzen-Butter**  
(vegetabile Margarine)  
garantiert reine Nuß-Fette  
Sonder-Angebot:  
Post-Päckchen 3 Pfd. netto  
nur 2,20 RM. Frei Haus  
gegen Voreinsendung auf  
Postscheck Magdeburg 179 24.

**Oberhemdenstoffe,  
Tricoline, Flanelle, Oxfords**  
günstige Posten Maccotuch  
kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 112**  
Scharnweberstr. 16/17.

**Maßarbeit erstklassig  
und billig**  
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-  
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen  
**Alfred Arensberg**  
Berlin-Reinickendorf-Ost  
Hinter der Dorf-Aue 14

**Frischkost-Reformhaus  
Ernst Held, Magdeburg**  
Otto v. Guerickestraße 104.

**Schallplatten sind besser. Hören Sie z. B.:**  
Phil. Orchester Berlin, Kaukasische Suite von Ippolitow  
Plattenpreis: 2,50 Mark  
Wilhelm Kempff (Bechstein-Flügel), Beethoven op. 57. Sonate Nr. 23  
in F-Moll (Appassionata) Plattenpreis: 5,40 Mark  
**Otto Pflotenauer, Weimar, Gläserstr. 14.**

**Jeder Tierschützer lese  
unsere Schriften über das Jagdvergnügen.**  
Ist die Jagd ein edles Vergnügen? Flugblatt, kostenfrei  
**Die Verwerflichkeit des Jagdvergnügens,**  
insbesondere der Hetzjagden. Von Magnus Schwantje.  
Rede auf dem Internationalen Tierschutz-Kongress in  
Kopenhagen im Juli 1911. 28 Seiten. 60 Pf. — Die ein-  
zige deutsche Schrift, die gründlich über die bei der  
Jagd millionenfach verübten Tierquälereien berichtet und  
Mittel zu ihrer Bekämpfung vorschlägt. Sie weist nach,  
daß bei der Jagd ebenso grauenhafte Tierquälereien  
massenhaft verübt werden wie bei der Schächtanz.  
**BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15,**  
Düsseldorfer Straße 23. — Postscheckkonto Nummer 567 71 Berlin

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987  
Seit 30. Dezember: 2 Schauspieler von  
Welfrut in ihren lustigen Komödien:  
„Der brave Sünder“  
mit Max Pallenberg,  
Regie: Fritz Körner  
„Hurra, ich lebe!“  
mit Nicolai Kolin.  
Anfangszeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr

Soeben erschienen in neuer Ausstattung:

## Philosophen für und wider die Revolution.

Von  
**HELLMUTH FALKENFELD.**  
72 Seiten. Kartoniert 0,80 M.

Inhalt:

- |  |                     |
|--|---------------------|
| I. Die Philosophen der französischen Revolution. | VII. Stirner.       |
| II. Immanuel Kant.                               | VIII. Toletol.      |
| III. Johann Gottlieb Fichte.                     | IX. Nietzsche.      |
| IV. Jakob Friedrich Fries                        | X. Popper-Lynkeus.  |
| V. Hegel.  | XI. Leonard Nelson. |
| VI. Marx.  |                     |

**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstr. 8a.**  
Postscheckkonto Berlin 31342



## Senatspräsident als Ehrabschneider.

Der Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht, Grützn er, der bereits unruhlich von sich reden gemacht hat, als er den Minister Grzesinski hinterrücks zu Fall brachte durch Nachschneffeleien und Denunziationen im Bereich des Ehelebens dieses Ministers, und der sich dadurch qualifiziert hatte, Pflegekind der Nazis zu werden, hatte vor einiger Zeit — wohl um nicht aus der Übung zu kommen — eine Strafanzeige wegen vorsätzlicher Rechtsbeugung gegen den Kammergerichtsrat Dr. Fränkel erstattet. Ueber die Vorgeschichte des Streits berichtet der „Vorwärts“:

„Im Oktober 1931 richtete Grützn er an die drei rechtsstehenden Fraktionen des Preussischen Landtags ein Schreiben, worin er gegen den Kammergerichtsrat Dr. Fränkel schwere Vorwürfe erhob, die darauf hinausliefen, daß Fränkel in dem Zivilrechtsstreit Lieblein gegen Sternberg de Armella das Recht gebeugt habe. Auf Grund dieses Schreibens stellte der Kammergerichtspräsident Tigges Ermittlungen an und, als diese die völlige Haltlosigkeit des Vorwurfs ergaben, richtete er gegen Grützn er Strafantrag wegen Beleidigung des Kammergerichtsrats Dr. Fränkel.

Nach Einleitung des Strafverfahrens trat Grützn er einen völligen Rückzug an.

Er gab in einem Schreiben die Erklärung ab, daß er in seinem Brief an die drei Fraktionen des Landtags lediglich eine Kritik an dem Kammergerichtsurteil vom 9. Juli 1929 üben, aber nicht den Vorwurf einer strafbaren Handlung habe erheben wollen.

Besonders habe er nie den Gedanken gehabt, den Kammergerichtsrat Dr. Fränkel einer Rechtsbeugung zu verdächtigen, ebenso wie es ihm völlig ferngelegen habe und auch jetzt noch fernliege, der richterlichen Tätigkeit des Kammergerichtsrats Dr. Fränkel seine Mißachtung auszusprechen.

Daraufhin nahm der Kammergerichtspräsident von sich aus im Einvernehmen mit Kammergerichtsrat Dr. Fränkel den Strafantrag gegen Senatspräsident Grützn er zurück.

Nunmehr griff die nationalsozialistische Presse die Sache auf. Der „Angriff“ behauptete, daß der Strafantrag gegen Grützn er zurückgenommen sei, weil Grützn er vernichtendes Material (!) gegen Fränkel gehabt habe. Darauf blieb dem Justizministerium nichts anderes übrig, als den Abbittebrief Grützn ers zu veröffentlichen. Nunmehr — wahrscheinlich aus Zorn hierüber — erstattete Grützn er beim Oberstaatsanwalt förmliche Strafanzeige gegen Kammergerichtsrat Fränkel wegen Rechtsbeugung. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion unterstützte die Strafanzeige durch eine Kleine Anfrage. — Nunmehr ist das eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Kammergerichtsrat Dr. Fränkel von der Staatsanwaltschaft II eingestellt worden, da der Vorwurf der Rechtsbeugung gegen Kammergerichtsrat Dr. Fränkel völlig unbegründet ist.

Wenn diese Darstellung richtig ist, zu welcher Annahme auch die Tatsache berechtigt, daß die Telegraphen-Union ähnlich berichtet, dann wird es Zeit, daß gegen Herrn Grützn er energischer vorgegangen wird als bisher, daß also etwa der fortwährend von ihm belästigte Kammergerichtsrat Fränkel ihn wegen wissentlich falscher Anschuldigung belangt.

## Von den Behörden In den Tod getrieben.

Der italienische Antifaschist Marcello Ferrari war wegen seiner politischen Tätigkeit aus Italien geflüchtet und hielt sich in Oesterreich auf, wo er selbstverständlich seine Tätigkeit für die Beseitigung des Mörderparadieses in Italien fortsetzte. Er wurde daraufhin nicht nur ausgewiesen, sondern

sollte an Italien ausgeliefert werden,

## Zwei Weltanschauungen — ein Fehler.

Bg. Die Zeit nach Darwin bedeutete eine Gefahr für die Kirche. Unter dem Einfluß der naturwissenschaftlichen Fortschritte sank die Autorität der Kirche vor allem in den Kreisen der sogenannten Gebildeten. Der Monistenbund, Haeckels Gründung, fand viele eifrige Anhänger, nicht zuletzt darum, weil zu jener Zeit, also zu Beginn unseres Jahrhunderts, die Vertreter der Kirche oftmals jegliche Naturforschung von vornherein verächtlich ablehnten.

Erst dann, als das wachsende Ansehen der Naturwissenschaft immer weitere Kreise eroberte, nützte es der Reaktion nichts mehr, die Naturwissenschaft zu bekämpfen; daher wurde der Versuch gemacht, aus den gleichen naturwissenschaftlichen Tatsachen, die den fortschrittlichen Menschen als Grundlage ihrer Ansichten dienten, reaktionäre Ziele abzuleiten. Man sagte zum Beispiel, daß der „Kampf ums Dasein“ ebenso wie in der Natur auch in der menschlichen Gesellschaft oberstes Gesetz sei und sein müsse, oder man sagte, daß ebenso wie in der freien Natur auch in der menschlichen Gesellschaft die „bessere“, die kräftigere und lebensstüchtigere Rasse den unbedingten Vorrang verdiene.

So entbrannten denn heftige Kämpfe darüber, was man eigentlich aus den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen vernünftigerweise schließen könne, die Berechtigung des Fortschritts und der Revolution, oder die Berechtigung der bestehenden Ordnung.

In diesem Kampf traten an die Stelle des Monistenbundes während und nach dem Kriege immer mehr die proletarischen Freidenkerorganisationen, die im Prinzip ebenso wie Haeckel die Grundlage ihres Kampfes in den Ergebnissen der Naturwissenschaft sahen, sie sprechen geradezu von einem „Vermächtnis Haeckels an die proletarischen Freidenker“.

Es ist nützlich und nötig, mit Hilfe naturwissenschaftlicher Erkenntnisse zu zeigen, daß die kirchlichen Dogmen über die Entstehung der Erde und des Menschen nicht richtig sind. Aber man darf hierbei nicht einen neuen Fehler einfügen und sagen, man könne aus der Naturwissenschaft selber nachweisen, welche Ziele die Menschen sich für ihr Handeln stellen sollen.

Immer wieder wird dieser Fehler gemacht, zum Beispiel, wenn man eine „innere Verwandtschaft“ zwischen

# Das Reichsparlament im neuen Jahr.

Als Auftakt für die politische Arbeit des neuen Jahres tritt der Aeltestenrat des Reichstages am Mittwoch, dem 4. Januar, um 16 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um zu dem kommunistischen Antrag auf beschleunigte Einberufung des Reichstages Stellung zu nehmen.

## Erste Konfliktmöglichkeiten.

Eine Konfliktmöglichkeit bildet der von dem Vorsitzenden Torgler (KPD) für den 10. Januar einberufene Haushaltsausschuß des Reichstages. Die Einberufung erfolgte, obwohl der Finanzminister hatte mitteilen lassen, daß er zu diesem Zeitpunkt den geforderten genauen Aufschluß über den Stand der Reichsfinanzen und über den Haushalt noch nicht werde geben können. Der Reichsfinanzminister wird jedoch versuchen, den Wünschen des Haushaltsausschusses so frühzeitig wie möglich Rechnung zu tragen und jedenfalls von sich aus keinen Konflikt mit dem Ausschuß suchen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er dem Ausschuß wenigstens einen vorläufigen Bericht erstattet.

Spätestens in der letzten Januarwoche wird sich auch entscheiden müssen, ob die neue Reichsregierung das Ver-

trauen des Reichstages findet oder ob dieser aufgelöst wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Hitler schlägt in seiner Neujahrs-Vorlautbarung sehr scharfe Töne gegen die Regierung an und sagt Schleicher den Kampf an, eine Tolerierung sei undenkbar. Wenn Hitler wirklich Wort hält, was durchaus nicht sicher ist, denn das wäre nicht der erste Umfall des „Führers“, dann steht es um das Schleicherkabinett schlecht, da ohne Tolerierung durch die Nazis die erforderliche Mehrheit für die Regierung nicht gefunden werden kann. Allerdings riskierte auch Hitler mit einer Neuwahl sehr viel: Mit der Einigung und Versöhnung mit Gregor Straßer wäre es unter diesen Umständen vielleicht endgültig aus, was ein weiteres erhebliches Abbröckeln von der NSDAP und einen weiteren Stimmenrückgang zur Folge hätte. Neudrings haben sich auch Graf Reventlow und Stöhr der Opposition gegen den großen Adolf angeschlossen.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag die Entwürfe des Wechselgesetzes und des Gesetzes über die Abkommen zur Vereinheitlichung des Scheckrechts zugeleitet, die bereits die Zustimmung des Reichsrats gefunden haben.

# Der Abbau in der Schulverwaltung.

Der unter dem Vorwand von Sparmaßnahmen in Preußen betriebene Abbau politisch linksstehender Beamten wird fortgesetzt. Die vor einigen Tagen durch die Linkspresse gehende Meldung über den geplanten Abbau in der Schulverwaltung hat sich bestätigt. Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit, daß in Ausführung der Verordnung zur „Vereinfachung und Verbilligung“ der Verwaltung vom 3. September 1932 die Provinzial-Schulkollegien zum 1. April 1933 als selbständige Behörden aufgehoben und den Oberpräsidenten unterstellt werden. Die leitenden Beamten der aufgelösten Behörden und noch einige andere werden in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Es werden abgebaut: Die Vizepräsidenten (das sind Leiter von Provinzial-Schulkollegien) Hartke in Königsberg, Irmer in Breslau, Lamla in Magdeburg, Sondag in Kassel, Müller in Münster, Göking in Koblenz, Grabowski in Oppeln, Rohrer in Schleswig, Rommel in Stettin, Brodthage in Hannover und König in Berlin; die Direktoren beim Provinzial-Schulkollegium Ehrlicher

in Koblenz, Kurfuß in Breslau, Kummerow und Israel in Berlin; die Oberschulräte Patschovsky in Oppeln, Umben und Frau Wegscheider in Berlin, Jantzen in Breslau, Zipperling in Magdeburg; die Oberstudienräte Neumann in Königsberg, Herfs in Koblenz, Knolle in Berlin; Oberregierungsrat Varrentrapp und Regierungsrat König in Berlin. Ein Teil der Abgebauten soll in anderen Verwaltungsstellen wieder Verwendung finden. Nicht wieder verwendet werden sollen: Brodthage, König, Israel, Jantzen, Zipperling, Wegscheider, Knolle, Varrentrapp und König. König und Wegscheider sind SP-Abgeordnete, auch von den anderen Genannten sind die meisten als überzeugte und tätige Republikaner bekannt.

Die zuständige Stelle bringt es noch immer fertig, zu versichern, daß bei der Auswahl der Beamten, die wieder verwandt oder endgültig pensioniert werden, „lediglich sachliche“ und nicht politische oder konfessionelle Gründe eine Rolle gespielt hätten.

## Wieder Polizeiterror gegen die KPD.

Die auf den 30. Dezember 1932 einberufene Funktionärsitzung der KPD Groß-München ist von der Münchener Polizeidirektion mit der Begründung verboten worden, es sei beabsichtigt gewesen, (woher weiß das die Polizei im voraus?) in der Sitzung die Ergebnisse des Bezirksparteitags zu besprechen, was in Bayern anscheinend verboten ist. Diese Besprechung hätte der „Verwirklichung“ der Beschlüsse des XII. Ekki-Plenums dienen sollen.

## Neue Verhaftung in der Fememordsache Hentsch.

In Hainsberg wurde der Gärtner Ewald Tenzyk, der der NSDAP angehört, festgenommen. Die Verhaftung erfolgte angeblich aus Anlaß des Dresdener Fememordes.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

was an sich schon den einfachsten Forderungen des Asylrechts für politische Flüchtlinge widerspricht, bei der bekannten sadistischen Art, mit der Mussolini und seine Banden gegen Antifaschisten vorgehen, aber eine besonders rohe Gemeinheit darstellt. Ferrari, der natürlich wußte, welches Los ihm in Italien bevorstand, sprang kurz vor der Erreichung der italienischen Grenze aus dem fahrenden Eisenbahnzug und wurde dabei getötet. Ob dies von vornherein von ihm geplant worden war, steht nicht fest.

Der österreichische Staatssekretär für das Sicherheitswesen heißt Fey und ist Helmwehrmajor. Leider wird in dieser kurzlebigen Zeit solche Einzelheit immer viel zu schnell vergessen; deshalb sollte eigentlich eine Liste der Verüber von Schurkenstreichen angelegt werden, die in Arbeiterzeitungen jede Woche veröffentlicht würde. Darauf gehörten die Verantwortlichen für die Ausweisung Ferraris mit an die erste Stelle.

Allerdings würde eine solche Liste so umfangreich, daß schon aus Raumgründen ein derartiges Unternehmen scheitert.

Darwinismus und Marxismus behauptet. („Der Atheist“, Oktober 1932.) Natürlich bestehen hier gewisse Übereinstimmungen, zum Beispiel insofern, als Marxismus ebenso wie Darwinismus nach den natürlichen Kräften der Entwicklung, der eine auf dem Gebiete der Soziologie, der andere auf dem der Biologie suchen wollen. Wenn man aber die entscheidenden Unterschiede zwischen der Begründung sozialistischer Ziele und der Untersuchung naturwissenschaftlicher Gesetze nicht einmal erwähnt, sondern vom Marxismus nur sagt, er bedeute „auf dem Gebiete der Soziologie die gleiche Umwälzung, wie der Darwinismus auf dem Gebiete der Biologie“, dann macht man den gleichen Fehler, wie zum Beispiel die völkischen Theoretiker, die aus der Biologie, aus der Rassenforschung, Ideale für die Menschheit ableiten wollen.

Der Darwinismus ist eine Lehre über die Art und die Ursache der Entwicklung der Lebewesen. Ein sozialistischer Darwinismus wäre also nur eine Lehre über die Art und die Ursache der gesellschaftlichen Entwicklung. Wer aber glaubt, man könne aus der Art und Weise, wie die Gesellschaft sich verändert, Ziele für unser Handeln ableiten, der rechtfertigt zum mindesten die Methode derer, die aus der Art, wie sich die Rassen in der Natur benehmen, gesellschaftliche Ideale ableiten wollen. Damit wird der Kampf gegen die völkischen Lehren gehemmt. Das zeigt sich zum Beispiel in einem Aufsatz über „Biologie und Soziologie“ im „Atheist“ (November 1932). Dort versucht ein Freidenker, die „Kulturzoologie“, also die Lehre, daß der darwinistische „Kampf ums Dasein“ auch in der menschlichen Gesellschaft herrschen solle, zu widerlegen. Dabei kommen dann so dürftige Argumente wie dies: „Die kulturzoologische Auffassung übersieht dabei, daß bei der natürlichen Zuchtwahl im Tierreich Einzelkämpfe ausgefochten werden. ... Nur bei wenigen Tiergattungen findet ein Massenkampf wie bei den Termiten statt. Aber selbst wenn man das Prinzip der natürlichen Auslese noch für das Anfangsstadium der Menschheit gelten lassen will, unter den heutigen sozialen Verhältnissen kann von einer „natürlichen“ sozialen Auslese gewiß nicht mehr die Rede sein.“

Der „Atheist“ will also zeigen, daß die „Kulturzoologie“, daß der gesellschaftliche Kampf ums Dasein mit der Auslese der „besseren Rassen“, darum falsch ist, weil die Verhältnisse in der Gesellschaft etwas anders liegen als in der freien Natur. Sehr fadenscheinig! Und der Verfasser des Aufsatzes im „Atheisten“ wird das selber gemerkt haben; er setzte nämlich das Wort „natürlich“ in Gänsefüßchen. Denn was heißt hier natürlich? Uebernatürlich sind die gesellschaftlichen Vorgänge gewiß nicht. Die soziale Auslese, die Vorherrschaft einer Klasse und

deren Aufrechterhaltung erklärt sich aus völlig „natürlichen“ Anlagen: Ehrgeiz, Habgier, Herrschsucht.

Nein, so kann man den Kampf für den Fortschritt nicht wissenschaftlich begründen. Hier kommt es darauf an, die Methoden der sozialistischen Theorie zu überprüfen. Wer andere Argumente gegen die „Kulturzoologie“ nicht vorbringt, und vom Marxismus nur sagt, er sei darwinistische Soziologie, der gibt der Methode, Ziele aus Naturvorgängen abzuleiten, im Prinzip recht. Und nicht nur der „Atheist“ bekennt sich zu dieser Methode: Die ganze Freidenkerbewegung zeigt diesen Fehler oft: Freidenkerkurse, die mit den Grundlagen des Freidenkertums bekannt machen sollen, pflegen beim „Urschleim“ anzufangen, um dann zu zeigen, wie es im Laufe der Jahrmillionen weiter ging, und um dann schließlich mit dem Appell zu enden, man solle die grandiose Entwicklung, die sich uns hier zeigt, getreu fortsetzen.

Hier fehlt eine wahrhafte Revolutionierung des Denkens: Mag der Kampf ums Dasein in der freien Natur zur brutalen Herrschaft des Stärkeren führen, mag in der Natur blinde Gewalt und Grausamkeit herrschen. Möge in der Gesellschaft die Lage noch so trostlos aussehen, möge die Entwicklung bedenklich zum Faschismus gehen, möge die Vernunft noch so schwach und hilflos erscheinen, wir brauchen uns bei der Aufstellung unserer Ziele nicht danach zu richten, wie es jetzt in der Natur und in der Gesellschaft aussieht.

Jeglichen Hinweis darauf, wie es bei den Wölfen, wie es bei den Staaten der Ameisen, Bienen und Termiten ist, wie es bei den Höhlenmenschen und in der Steinzeit war, lehnen wir von vornherein ab, weil wir nicht die geringste Verpflichtung sehen, die Natur als Autorität zu betrachten, die uns unser Handeln diktiert.

Unsere Ideale der Freiheit und Gerechtigkeit stehen fest, unerschütterlich, durch die Tatsache, daß man von einer Beachtung dieser Ideale gegenwärtig kaum etwas verspürt.

Dies ist nicht eine Mißachtung der Tatsachen, keineswegs. Wir haben die Tatsachenkenntnis, die Sammlung von Erfahrungen, bitter nötig, wir brauchen die Kenntnis der gesellschaftlichen Gesetze. Aber wir brauchen dies alles nicht zur Aufstellung unserer Ziele; diesen Irrtum wollen wir unseren Gegnern, wie zum Beispiel den Rassepolitikern, überlassen. Wir brauchen die Erfahrungen, um zu wissen, auf welchem Wege wir für unsere Ideale am erfolgreichsten kämpfen können. Wir brauchen die Erfahrungen besonders darum, weil die Tatsachen, weil die Mächte der Gesellschaft und der Natur unserem Kampf hemmend gegenüberstehen, und wir sie erst langsam, in zähem Kampfe, unseren hohen sozialistischen Idealen dienstbar machen können.

# Schikanen gegen Stadtrandsiedler. Warum?

## Einheitsfront von Bürokraten und Hausbesitzern.

Unter der ausgezeichneten Führung des Architekten Max Scheel (Berlin-Rudow) fand im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft für Industriereform“ ein Gang durch die Stadtrandsiedlung im Bezirk Britz-Rudow statt, der Einblick von allgemeinem Interesse in die Lage der Berliner Stadtrandsiedler vermittelte. Es handelt sich bei dem folgenden Bericht — wie zur Vermeidung von Mißverständnissen vorausgeschickt sei — zunächst nicht um Erwerbslosen-Siedlungen, wie sie neuerdings von der Regierung gefördert werden.

Wie ein roter Faden liefen durch die Erläuterungen unseres Führers die Hinweise auf die

Arbeitswilligkeit der Siedler einerseits und die

behördlichen Schikanen andererseits, mit denen die Siedler zu kämpfen haben.

### Benachteiligung der Siedler gegenüber dem gewerblichen Mietshausbau.

Gleich zu Beginn unseres Rundgangs mußte Scheel uns auf die großen Häuserblocks hinweisen, die in Britz

standen und zu Preisen erbaut worden waren, die 30 bis 36 Mark je Kubikmeter ausmachen. Obwohl die Baulichkeiten der Stadtrandsiedler nur 24—28 Mark je Kubikmeter kosteten, haben die Behörden für solche Bauvorhaben nur 6 Prozent Hauszinssteuergelder bereitgestellt. Ja, in Verhandlungen haben sie sogar behauptet, die Siedler bauten zu teuer.

Während die Maurer in den Stadtrandsiedlungen für 1,50 Mark die Stunde arbeiteten, bekamen sie — vor einigen Jahren — bei den Häuserblocks bis zu 4 Mark je Stunde. Die Folge davon ist, daß viele Mieter wieder aus den Häuserblocks ausziehen und in eine Stadtrandsiedlung übersiedeln; denn die Mieten in den neuen Häuserblocks sind zu teuer.

(Natürlich kommt es uns nicht darauf an, die Löhne der Maurer zu drücken. Vielmehr ist zu bedenken, daß es alles andere denn eine sozialistische Politik ist, wenigen Maurern für einige Zeit hohe Löhne zu verschaffen; die gleiche Baumsumme stiftet in den billigeren Stadtrandsiedlungen in jeder Beziehung mehr Nutzen: sie dient zur Beschäftigung von mehr Arbeitern und ergibt mehr Wohnungen; überdies stehen die teuren Miets Häuser nachher — wie man inzwischen sieht — größtenteils doch leer. Die Redaktion.)

### Der Bauwille ist nicht zu schlagen.

Zwar verdienen auch die Bauspekulanten und Güterschlichter gerade dadurch, daß das Bauverfahren heute immer noch so unregelmäßig und sich gehen muß. Aber sie schöpfen doch nicht alles ab. Vor sobald ein Siedler die Vorteile der Stadtrandsiedlung kennengelernt hat, zieht er andere nach sich.

Vor 1½ Jahren gab es 200 000 Siedlerstellen um Berlin; heute werden es wohl 240 000 sein. Insgesamt sind schätzungsweise in ihnen rund 400 Millionen Mark angelegt worden.

Auch der Umstand, daß die Häuser oft nicht so schön gebaut werden können oder in Etappen gebaut werden müssen, schreckt die Siedler nicht ab. Ihre Bautätigkeit ist nicht nur deswegen von volkswirtschaftlicher Bedeutung, weil die Siedler damit dem Baumarkt Aufträge verschaffen, sondern auch deshalb, weil gerade der minderbemittelte „Bauherr“ immer noch den Offenbarungseid scheut und sich daher bemüht, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

### Erwerbslosen-Siedlung und Arbeitsdienstpflicht.

Von der Erwerbslosen-Siedlung, die in der Nähe der von uns besichtigten privaten selbständigen Stadtrandsiedlungen auf Grund des freiwilligen Arbeitsdienstes gebaut wird, ist besonders ein Umstand zu berichten. Für diese Arbeit melden sich natürlich zuerst diejenigen, die sich selber dafür geeignet halten: Maurer, Zimmerer, Polierer, Installateure. Diese schleppen natürlich auch einige andere, fachlich weniger geeignete Erwerbslose, die sich an der Arbeit beteiligen, mit durch.

Aber selbstverständlich wird die Zahl derer, die für diese Arbeit besonders geeignet sind, im Verhältnis zu den an der geplanten Arbeitsdienstpflicht zu beteiligenden Erwerbslosen in der Zukunft abnehmen. Bekanntlich erhielt Syrup, noch als Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosen-Versicherung, den Auftrag, ein Gutachten über die Arbeitsdienstpflicht zu liefern. Wenn er — wie zu erwarten — sich dabei auf die Erfahrungen stützt, die gegenwärtig im freiwilligen Arbeitsdienst bei den erwähnten Erwerbslosen-Siedlungen gemacht worden können, dann wird er sich und den zur Arbeitsdienstpflicht heranzuziehenden Personen mehr versprechen, als in Erfüllung gehen wird.

Uebrigens ist die Erwerbslosen-Siedlung auch insofern nur eine halbe Sache, als die Landzulage (600 Quadratmeter je Siedler) durchaus ungenügend ist, um die Siedler für einen wesentlichen Teil der Ernährung von Geldeinnahmen unabhängig zu machen.

Auf allen Seiten zeigte sich also bei diesem Rundgang viel guter Wille, viel gesunde Kraft bei den Siedlern, und demgegenüber

### das unerträgliche Hemmnis der Bürokratie, der behördlichen Halbheiten und Widerwilligkeiten.

Es ist heute nicht so wie in anderen Zeiten des Verfalls, in denen die Massen wie im alten Rom einfach nach Staatsversorgung (durch Brot und Spiele) verlangten oder sie — wie heute in China — verhungert und moralisch zerrieben sind. Sondern es fehlt bloß an dem Schwung einer großzügigen politischen Führung, die die engen Traditionen der altgerachten Gesetze und Reglements überwindet, — sie fehlt selbst in einer so einleuchtenden, einfachen Sache wie der Berliner Stadtrandsiedlung. Herbert Reinmann.

## Der Bebauungsplan als Mittel der Schikane.

Die Stadtrandsiedler verlangen gar nicht in erster Linie eine besondere behördliche Begünstigung durch Zuwendung von billigen Baugeldern, wie sie nach anderer Seite hin vergeben werden. Die Stadtrandsiedler wären schon froh, wenn ihnen nur nicht unnötige Hindernisse in den Weg gelegt würden. Aber das Hemmnis der Bürokratie ist hier besonders groß.

Vor allem dreht es sich um den sogenannten Bebauungsplan, das heißt: um die Festlegung der Straßen, ihre Pflasterung, ihre Ausmaße. Die Anlage von Straßen ist für die Siedler deshalb besonders wichtig, weil nur 200 Meter von einer befestigten Straße entfernt Häuser gebaut werden dürfen. In größerer Entfernung werden offiziell nur Wohnlauben zugelassen. — Erst neuerdings besteht die Aussicht, daß der Bau von Häusern bis zu 1000 Meter von einer befestigten Straße entfernt zugelassen wird. — Wie unser Führer bemerkte, hätte das vor ein paar Jahren geschehen sollen, ehe mittlerweile so viel Geld der Stadtrandsiedler notgedrungen in Wohnlauben verbaut worden ist.

Mit dem Bebauungsplan hat es vor allem folgende Schwierigkeiten. Die Behörde stellt ungerechtfertigte Anforderungen an die Siedler. Sie verlangt eine Breite und eine Unterbauung der Straße (auf Kosten der Anlieger), die viel zu teuer für die Siedler ist, und die für den in Frage kommenden Verkehr nicht nötig ist. Die Siedler sind bereit, die Mittel aufzubringen für eine Straße, die ausreicht für den Milchwagen, den Bäcker u. s. w. Wenn die Behörde eine breitere und stärker fundamentierte Straße legen will, so sollen die Mehrkosten von der Allgemeinheit getragen werden, die die Straße als Verkehrsader benutzen will.

Besondere heute ist es ein überflüssiger Luxus, Verkehrsadern ersten Grades in weiter Entfernung vom Stadtkern, in den Stadtrandsiedlungen, anzulegen. Eine Verbreiterung einfacher Straßen dann, wenn der Verkehr dort draußen wirklich zunimmt, könnte stets dadurch gesichert werden, daß die Anlieger durch den Bebauungsplan verpflichtet werden, genügend große Vorgärten zu halten, die später nötigenfalls ganz oder teilweise für Verkehrszwecke enteignet werden können.

Unerhörte Fristen müssen die Siedler in Kauf nehmen für die Genehmigung des Bauplans ihrer Häuser.

Es gibt Siedler, die seit acht Jahren um ihren Bauplan kämpfen, andere seit sechs Jahren.

Welche Ungerechtigkeiten entstehen, trat besonders augenfällig in Erscheinung an einer Stelle am Teltow-Kanal. Etwa ein halbes Dutzend Siedler hatten den Miel, daß ihre Stelle nur 200 Meter von der nächsten befestigten Straße entfernt war. Sie konnten sich also ein ordentliches Häuschen bauen lassen, obwohl sie von der baupolizeilichen Vorschrift so wenig Ahnung gehabt hatten wie die Unglücksraben, deren Stelle jenseits der 200-Meter-Zone lag. Noch nicht einmal diejenigen Siedler, deren Stelle am Teltow-Kanal lag (der eine etwaige Gebäudeansammlung also durch eine breite Wasserstraße aufteilen würde), durften Häuser bauen: Denn der Teltow-Kanal ist eben eine Wasserstraße, nicht eine Straße.

Auch die Absicht der Siedler, eine Pflasterkasse zu gründen, in die sie monatlich Einzahlungen leisten würden, wurde lange Zeit hindurch vereitelt; erst neuerdings hat der Reichs-Siedlungskommissar die Gründung von Pflasterkassen sogar begünstigt.

### Untergrabung der behördlichen Autorität.

Die Willkür der behördlichen Anordnungen verleitet natürlich zu Uebertretungen. Beispielsweise ist für Wohnlauben vorgesehen, daß das Dach nur 4,50 Meter hoch sein darf. Kurzum: die Frauen sollen die Wäsche in der Kniebeuge aufhängen. Diese Vorschrift wird übertreten, indem man nach Genehmigung der Wohnlaube das Dach überhöht. — Die Siedler bauen ohne Bebauungsplan, auf Grund wilder Parzellierung, und nebmen die Strafen in Kauf. So wies unser Führer auf drei Anwesen hin, deren Bewohner je 30 Mark Strafe hatten zahlen müssen. Ein anderer war mit einer Strafe von 20 Mark belegt worden; wieder ein anderer mit 50 Mark Strafe.

Als Scheel vor einiger Zeit Vertreter des Reichs-Siedlungskommissars in der Siedlung herumführte, ließ er sie in einem Haus einen Schnaps trinken und forderte dann den Besitzer auf, die Baugenehmigung hervorzuholen. Dort zeigte er den Regierungsvertretern, daß das Wohnzimmer, in dem sie den Schnaps tranken, den Raum ausfüllte, der in der Baugenehmigung als (an die Wohnlaube angrenzender) Bühnengestaltung eingezeichnet und als Wohnlaube zugelassen worden war.

Die Siedler sind geradezu stolz auf ihre Gesetzesübertretungen.

Angesichts der Willkür der Bestimmungen ist dies auch begreiflich. Obendrein werden in anderen Landkreisen die Vorschriften des Gesetzes (das aus den siebziger Jahren stammt) viel freier ausgelegt.

### Die Ursachen der Schikane.

Angesichts der ganzen heutigen Lage erscheint es geradezu erstaunlich, daß die Behörden solche Schwierigkeiten machen. Auf eine Frage nach der Erklärung dieser Tatsache, wies unser Führer hin auf das

Interesse der Hausbesitzer, die verhindern wollen, daß mehr und mehr Mieter in die Stadtrandsiedlungen ziehen.

Die Hausbesitzer und Vermieter machen ihren Einfluß bei den Behörden geltend, um die freiwilligen Stadtrandsiedlungen zu erschweren.

Besonders drastisch zeigt sich dies bei einer Vergleichung mit den Erwerbslosen-Siedlungen. Dort sind auf Grund der entsprechenden Notverordnung genügend hohe Häuser gestattet. Denjenigen aber, die noch Geld genug haben, um sich selbstständig in einer Stadtrandsiedlung anzusiedeln, und die also ihre Ersparnisse lieber auf diese Weise (zwecks Ersparung künftiger Miete und Sicherung eines Teiles ihrer Ernährung) als auf der Sparkasse anlegen wollen, — denen verwehrt man solche Häuser.

Innen will die Behörde zumuten, die Kosten für breite Straßen zu tragen, während in den zur gewerblichen Vermietung erbauten Häuserblocks von Britz kleine Straßen zugelassen worden sind, die für den lokalen Verkehr völlig ausreichen und durch hinreichend viele breitere Straßen ergänzt werden.

Auch das Interesse der Behörden selber spielt eine Rolle für die Anwendung der Gesetze: die Behörden haben an den Stadtrandsiedlern eine Einnahmequelle gefunden. Die Erlaubnis zum Bau von Wohnlauben kostete früher 7,50, jetzt 56 Mark. — Und die Strafen sind ja auch einträglich, sodaß die Uebertretungen selbst für die Behörde nicht ganz unangenehm sind.

Aber trotz allem:

## Handlanger der Ausbeutung.

### Deutsches Zollamt verbrennt Weihnachtssendungen aus Dänemark.

Wir entnehmen dem dänischen „Sozialdemokraten“ Nr. 359, vom 28. Dezember 1932, den folgenden Brief:

Herr Redakteur!

Am Montag, dem 19. Dezember, sandte der Unterzeichnete ein Paket, das eine Ente und ein Stück Hamburgerrücken von 3 Pfund enthielt, an eine Verwandte, eine arme Witwe in Berlin. Vorher hatte ich von dem deutschen Konsulat Auskunft darüber erhalten, in welcher Form Lebensmittel abgeschickt werden können. Als die Witwe sich an das Zollamt in Berlin wandte, um das Paket ausgeliefert zu bekommen, bekam sie den Bescheid: Sie könne die Ente bekommen; aber der Hamburgerrücken entspreche nicht dem gesetzlich vorgeschriebenen Gewicht von 4 Kilo, er würde konfisziert und vernichtet werden. Dabei ließ der Zollbeamte den Speck in dem brennenden Ofen verschwinden.

Einem arbeitslosen Mann, der ebenfalls einen ihm gesandten Schinken abholen wollte, erging es ebenso. Der Absender hatte unglücklicherweise den Schinken in zwei Teile geteilt, und da jedes Stück weniger als 4 Kilo wog, wurde das Ganze ebenso in den brennenden Ofen geworfen. — Der arbeitslose Mann und ich — schrieb die Witwe in Berlin — verließen weinend das Zollamt.

Dieses zur Benachrichtigung für alle, die möglicherweise daran denken, Lebensmittel an notleidende Verwandte nach Berlin zu schicken.

Ernst Hansen, Nörgesgade.

Wir fassen zusammen:

Vernunftbegabte Wesen, die in christlichen Kirchen organisiert sind, senden sich zu dem „christlichen Fest der Liebe“ die Körper schwächerer Wesen, die sie zu ihrem Genuß getötet haben oder haben töten lassen.

Andere vernunftbegabte Wesen verhindern den „Genuß“ in geradezu sadistischer Weise: der hungrige Empfänger bekommt den Tierkörper, den er in Gedankenlosigkeit gegenüber den Rechten der Tiere und in Dankbarkeit für die Liebe seines Mitchristen verzehren will, kaum gezeigt; dann wird er, zur Ehre des Profits anderer Mitchristen, vor seinen Augen in den brennenden Ofen geworfen.

Dieses zur Benachrichtigung für alle, die möglicherweise in der Illusion befangen sind, sie lebten in einem Kulturstaat.

Damit niemand das hier geschilderte Verhalten von Beamten für eine nur preußische Angelegenheit hält, veröffentlichen wir anschließend zwei kurze Notizen aus den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 21. und 24. Dezember:

„Ein Einwohner einer Stadt in Tirol schickte einer Verwandten in Lindau ein Weihnachtspaket, das er mit einem Tannenzweig schmückte. Der Absender bekam nun das Paket von der Zollstation Kufstein mit dem Vermerk zurück, daß die Einfuhr von Fichten- und Tannenzweigen nach Deutschland verboten sei.“

„Ein Schreiner in Bamberg hatte sich an der Peripherie ein neues Haus gebaut und war bereits eingezogen. Unbegreiflicherweise kam er erst nach Fertigstellung beim Stadtrat um die Genehmigung des Bauplanes ein. Der Plan wurde abgelehnt und der Schreinermeister angehalten, das Haus wieder abzureißen, da es den polizeilichen Vorschriften nicht entspreche und außerdem auf dem Gelände des künftigen Großhafens stehe.“

### SÜDAFRIKA

Immer noch Währungswirrwarr: Englische Banken verkaufen 90 Pfund Sterling afrikanischer Währung für 10 Pfund englischer Währung. Demnach hat sich das afrikanische Pfund also bereits erheblich entwertet. Manche glauben, der Kurs werde sich in der hier genannten Höhe stabilisieren; andere sagen voraus, das afrikanische Pfund werde bald auf den Tiefstand des englischen Pfundes sinken. — Die einander widersprechenden und teils irreführenden offiziellen Ankündigungen während der letzten Woche des Jahres 1932 werden in einer Meldung der „Times“ aus Südafrika damit erklärt, daß der südafrikanische Finanzminister Havenga einen erbitterten Kampf gegen die Verketzung der südafrikanischen und englischen Währung führte. Er hat ihn nun anscheinend verloren.

### HOLLAND

Margarine wird aus Deutschland herausgeschmuggelt. Die holländische Regierung hat die Margarine in Holland verteuert, um so der Milchwirtschaft zu helfen. Die Folge: Margarine wird in Massen über die deutsch-holländische Grenze geschmuggelt. Während 1 Pfund holländische Margarine 60 cents kostet, wird die geschmuggelte Margarine bei einem Lieferpreis von 20 cents in den kleineren Städten zu 30 und in den größeren Städten zu 40 cents abgesetzt.